

PALACKÝ-UNIVERSITÄT IN OLOMOUC

PÄDAGOGISCHE FAKULTÄT

Lehrstuhl für deutsche Sprache

**Bachelorarbeit**

Klára Talašová

**Die deutschen Bundeskanzler – ausgewählte Ereignisse der  
politischen Karriere von Angela Merkel**

Olomouc 2015

Betreuer: Mgr. Pavel Hofírek

## **ERKLÄRUNG**

Ich erkläre hiermit, dass ich meine Bachelorarbeit selbstständig verfasst habe und nur die im Literaturverzeichnis angegebenen Quellen benutzt habe.

In Olmütz, den 10. 4. 2015

.....

Klára Talašová

## **DANKSAGUNG**

Hiermit möchte ich mich bei allen herzlich bedanken, die mich nicht nur während des Verfassens meiner Bachelorarbeit, sondern auch während des gesamten Studiums unterstützt haben.

Besonders möchte ich mich ganz herzlich bei Mgr. Pavel Hofirek bedanken, der mich durch seine hilfreichen Anregungen und Ratschläge unterstützte und viel Zeit in die Korrektur meiner Arbeit investierte.

# Inhalt

<b>Einleitung</b> .....	5
<b>I DER THEORETISCHE TEIL</b> .....	7
1. Das persönliche Leben der Angela Merkel .....	7
2. Schulzeit und Studium .....	8
3. Politik .....	9
3.1 Angela Merkel als Mitglied des Deutschen Bundestages.....	9
3.2 Erste Schritte in der Christlich Demokratischen Union .....	10
3.3 Ära Kohl und die Spendenaffäre.....	11
4. Die CDU ist Angela Merkel, Angela Merkel ist CDU .....	14
5. Christlich demokratische Union Deutschlands .....	16
5.1 Konrad Adenauer .....	16
5.2 Helmut Kohl.....	16
5.3 Organisation der CDU .....	18
5.4 Der Hauptsitz der CDU, Konrad-Adenauer-Haus.....	19
6. Die Wahl der ersten Bundeskanzlerin(2005 - 2009) .....	21
6.1 Aufgaben der Bundeskanzlerin .....	22
6.2 Die Kanzlerin und ihr Kabinett.....	23
7. Bundeskanzlerin(2009 – 2013).....	25
8. Die wichtigen politischen Ereignisse.....	27
8.1 Finanzkrise .....	27
8.2 Situation in Deutschland.....	27
9. Die Rolle Deutschlands in Europas und in der Europäischen Union .....	30
9.1 Allgemein über die Europäische Union.....	30
9.2 Aufgaben und Ziele der EU .....	30

<b>II DER PRAKTSCHER TEIL</b> .....	33
10. Krieg in der Ukraine, Angelas Merkels Sicht.....	33
10.1 Umbruch in der Ukraine .....	33
10.2 Die Krimkrise.....	34
10.3 Sanktionen der Europäischen Union gegenüber Russland .....	35
11. Verhandlungen in Minsk .....	40
<b>Zusammenfassung</b> .....	43
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	44
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	47
<b>Anhang</b> .....	48
<b>Annotation</b> .....	56

## Einleitung

Die vorliegende Bachelorarbeit befasst sich mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und mit den politischen Ereignissen, in die sie involviert war. Ich wählte die Bundeskanzlerin, weil sie heutzutage zu den stärksten Personen der Diplomatie gehört und von der Bevölkerung völlig unterstützt wird. Neben der Literatur über Helmut Kohl gibt es auch eine Vielzahl von Büchern und Unterlagen über Angela Merkel, welche eine Grundlage für meine Arbeit darstellen. Der Name Angela Merkel wird in der heutigen Zeit mit vielen politischen Geschehnissen verbunden. Ihre Position hat nicht nur in Europa sondern auch in der ganzen Welt eine große Bedeutung.

Angela Merkel steht seit dem 22. November 2005 an der Regierungsspitze der Bundesrepublik Deutschland. Zugleich ist sie die erste Frau und erste Ostdeutsche, die das Amt des Bundeskanzlers hat. Zu ihren Hauptzielen bei der Regierung gehören Sanieren, Investieren und Reformieren. Sie stabilisiert das Land und stellt damit die Weichen für neues Wachstum.

Die Bundeskanzlerin tritt häufig mit ihre Meinungen, Ideen, Gedanken und Lösungen in der Öffentlichkeit auf. Eines der weltweit erfolgreichsten Wirtschaftsmagazine, das amerikanische „*forbes magazine*“ wählte die Angela Merkel 2013 zur mächtigsten Frau der Welt.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in zwei Teilen. Im theoretischen Teil der Arbeit werde ich zuerst Angelas Merkels persönliches Leben sowie ihre Schulzeit und ihr Studium kurz beschreiben. Darauf aufbauend werde ich Angelas Merkels erste politische Schritte darstellen. Ich werde die erfolgreichste politische Partei Deutschlands (Christlich Demokratische Union) mit ihrer Bundesvorsitzenden Angela Merkel vorstellen. In diesem Teil liegt der Schwerpunkt darauf, die wichtigen politischen Ereignisse aufzugreifen und Angelas Merkels langen Weg zu ihrer politischen Rolle erklären.

Der praktische Teil setzt sich mit der Situation in der Ukraine und der Rolle Merkels auseinander. Dieser Teil konzentriert sich auf das aktuelle Thema „*Umbruch in der Ukraine*“, das auch sehr eng mit Europa und Deutschland in Verbindung steht. Ich würde gern die wichtigsten Punkte erklären, zu denen die Sanktionen und Verhandlungen in Minsk gehören. Außerdem wird erklärt, welche Stellung die Bundeskanzlerin Deutschlands zu diesen

Maßnahmen bezieht und welche politischen Schritte Deutschland und die ganze Europäische Union unternehmen sollten, um die Krise zu überwinden.

# I DER THEORETISCHE TEIL

## 1. Das persönliche Leben der Angela Merkel

Angela Merkel wurde am 17. Juli 1954 als Angela Dorothea Kasner in der Hansestadt Hamburg geboren. In Wirklichkeit ist die Ostdeutsche Angela ein westdeutsches Mädchen. Ihr Vater der Theologe Horst Kasner, der aus Berlin-Pankow kommt, studierte in Heidelberg und Hamburg evangelische Theologie und lernte dort seine Frau kennen. Die Mutter von Angela Merkel heißt Herlind Jentzsch und war Lehrerin für Latein und Englisch. Ein Jahr nach der Hochzeit von Herlind und Horst kam im Sommer ihre erste Tochter Angela zur Welt<sup>1</sup>.

Eine Woche nach Angelas Geburt siedelte die ganze Familie von Hamburg in die Deutsche Demokratische Republik nach Quitzow über, wo ihr Vater Horst Kasner in der evangelischen Kirche eine Pfarrstelle annahm. Viele Leute in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhundert verließen die DDR, aber die Familie Kasner entschied sich, in die verkehrte Richtung zu gehen. Drei Jahre später zogen sie nach Templin im Landkreis Uckermark in Brandenburg.<sup>2</sup>

Angela Merkel wuchs in Templin mit zwei Geschwistern ihrer Schwester Irene und ihrem Bruder Marcus auf. Angela M. sagte immer, dass sie im Leben unterschiedliche Wege einschlugen, aber noch immer verbindet sie viel.<sup>3</sup>

Auf Angela Merkels persönlicher Webseite kann man über sie die wichtigsten Punkte zu ihrem Leben lesen. Es geht dabei um Freiheit, Sicherheit, Arbeit, Familie, Europa, Träume, Erfahrung, Werte und Deutschland. Ausführlich über die Punkte kann man im Anhang 1 lesen.

---

<sup>1</sup>KURBJUWEIT, Dirk. *Angela Merkel: die Kanzlerin für alle?*. München: Carl Hanser, 2009. ISBN 978-3-446-20743-1.

<sup>2</sup>RALF, Georg Reuth, et.al., *Das erste Leben der Angela M.* 2. Aufl. München: Piper Verlag GmbH, 2013. ISBN 978-3-492-05581-9, S.20.

<sup>3</sup>*Angela Merkel* [online] 2012 [zit. 2014-20-10] Erreichbar unter: <<http://www.angela-merkel.de/persönlich.html>>

## 2. Schulzeit und Studium

Bis zur 8.Klasse besuchte Angela Merkel die Goethe-Schule in Templin. Danach auch dort die Erweiterte Oberschule, an der sie 1973 ihr Abitur ablegte. Ihr Notendurchschnitt bei dem Abitur war 1,0. Sie hatte besonders eine Begabung für Mathematik und Russisch.<sup>4</sup> Sie gewann Russisch-Olympiaden auf verschiedenen Ebenen bis zur DDR-Ebene. In ihrer Schulzeit war sie Mitglied der Freien Deutschen Jugend(FDJ). Im Jahr 1973 begann sie ihr Studium in Leipzig. Sie studierte Physik an der damaligen Karl-Marx-Universität. Dieses Studium schloss sie erfolgreich ab und ihre Diplomarbeit wurde mit „*sehr gut*“ bewertet.

Nach dem Studium arbeitete sie am Zentralinstitut für Physikalische Chemie der Akademie der Wissenschaften in Berlin und 1986 machte dort ihren Doktor beim Professor Lutze Zülicke in Physik. Angela Merkel bezeichnet diese Periode nicht nur als harte Arbeit sondern auch als eine schöne Zeit.

In Leipzig verliebt Angela Kasner sich in einen Studenten, Ulrich Merkel. Sie heirateten in Templin 1977. Die erste Ehe in den Studentenjahren hielt nicht lange. Sie ließen sich scheiden. Wenigstens behielt sich Angela den neuen Nachnamen Merkel. In Berlin lernte sie dann ihren jetzigen Ehemann Joachim Sauer kennen. 1998 heiratete sie zum zweiten Mal. Ihr Mann forscht in der physikalischen Chemie.<sup>5</sup>

Es gibt auch andere wichtige Punkte, die zum persönlichen Leben von Angela Merkel gehören, wie zum Beispiel Fußball oder Natur. Sie sagt, dass der deutsche Fußball eine großartige Zeit erlebt und die deutschen Fans immer zeigen, wie viel Begeisterung und Leidenschaft in ihnen steckt. Fußball ist laut Angela Merkel ein guter Botschafter für Deutschland und viele Menschen erleben gerade im Sport, was sie erreichen können. Außerdem interessiert sie sich für die Natur. Sie ist eine leidenschaftliche Gärtnerin und zieht in ihrem Garten ihr eigenes Gemüse. Diese Interesse zeigen, dass Angela Merkel nicht nur die weltberühmte Politikerin ist, sondern auch gewöhnliche Person wie Jeder andere.<sup>6</sup>

---

<sup>4</sup>KURBJUWEIT, Dirk. *Angela Merkel: die Kanzlerin für alle?*. München: Carl Hanser, 2009. ISBN 978-3-446-20743-1.

<sup>5</sup>STOCK, Wolfgang, *Angela Merkel, Eine politische Biografie*. 1.Aufl.München: Olzog Verlag GmbH, 2000.ISBN 3-7892-8038-0, S. 48.

<sup>6</sup>BOLLMANN, Ralph, *Die Deutsche: Angela Merkel und wir* . 2. Aufl. Stuttgart: Klett-Cotta, 2013. ISBN 978-3608947502

### 3. Politik

Merkel engagierte sich an der Akademie der Wissenschaften in ihrer FDJ-Gruppe. Aber ein echtes politisches Engagement von Merkel begann 1989 nach der friedlichen Revolution. Sie engagierte sich beim „*Demokratischen Aufbruch*“ (DA). Die friedliche Revolution und auch die Wiedervereinigung Deutschlands riefen starke Gefühle bei Angela hervor. Der Demokratische Aufbruch trat der Ost-CDU bei, die sich dann am 2. Oktober 1990, in Angela Merckels Geburtsort Hamburg, mit der West-CDU vereinigte<sup>7</sup>. Die neue Freiheit und die neuen Möglichkeiten weckten in ihr den Wunsch, die Veränderung aktiv mitzugestalten.

Später wird sie stellvertretende Regierungssprecherin der ersten und zugleich letzten demokratisch gewählten DDR-Regierung von Lothar de Maiziere.

Im Sommer 1990 der neu gewählte sächsische Sozialminister Hans Geisler stellte dem Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem Hamburger Einheitsparteitag am 1. Oktober 1990 die junge Dame Angela Merkel erstmals vor. Der Bundeskanzler sagte später über Angela, „*dass als er erstmals Frau Merkel nach der Regierungsbildung der Regierung de Maiziere im 1990 erlebte, dass sie ihm durch ihre Offenheit und natürliche Frische auffiel. Zugleich war ganz klar, dass Angela Merkel eine hochintelligente Frau ist. Sie hatte die Begabung und ihm war auch wichtig, eine Frau zu haben, die die Modernität der mitteldeutschen Frauen einbringt.*“

Für Angela Merkel gab es damals zwei Haupthelden: Helmut Kohl, den Kanzler der Einheit, und Wolfgang Schäuble, seinen Kronprinz.<sup>8</sup>

#### 3.1 Angela Merkel als Mitglied des Deutschen Bundestages

Am 2. Dezember 1990 bewarb sie sich um einen Sitz im Deutschen Bundestag bei den ersten gesamt deutschen Bundestagswahlen. Sie gewann ihren neuen Wahlkreis Rügen, Stralsund, Grimmen mit 48,6 Prozent der abgegebenen Erststimmen und 47,0, Zweitstimmen gewann sie für die CDU. Seit Dezember 1990 ist Angela Merkel ein Mitglied des Deutschen Bundestages. Helmut Kohl ging am 2. Dezember 1990 als Sieger aus der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl hervor. Er konnte zwar nur 43,8 Prozent der Stimmen erzielen, was aber angesichts des guten Abschneidens der FDP für eine satte

---

<sup>7</sup>ROLL, Evelyn, *Die Kanzlerin, Angela Merckels Weg zur Macht*, 2. Aufl. Berlin: Ulstein Buchverlage GmbH, 2009. ISBN 978-3-548-37269-3, S. 21., Ebd., S. 144.

<sup>8</sup>HÖHLER, Gertrud, *Die Patin, wie Angela Merkel Deutschland umbaut*, 2. Aufl. Zürich: Orell Füssli Verlag AG, 2012 ISBN 978-3-280-05480-2, S. 26.

Parlamentsmehrheit reichte. Angela Merkel sagt immer, dass der Nordosten Deutschlands bis heute ihre politische Heimat ist.

Der Wahlsieger Helmut Kohl lud sie nochmals zu einem Gespräch ins Kanzleramt nach Bonn ein und nominierte sie für ein Ministeramt in seinem Kabinett.

### **3.2 Erste Schritte in der Christlich Demokratischen Union**

Von Januar 1991 bis November 1994 wurde sie als Bundesministerin für Frauen und Jugend in der Regierung von Helmut Kohl vereidigt.<sup>9</sup> In ihre Amtszeit wurde das Gleichberechtigungsgesetz erlassen, das die berufliche Situation von Frauen im öffentlichen Dienst verbesserte, „Opfer Sexueller“ Belästigung am Arbeitsplatz schützte und eine ausgewogene Besetzung öffentlicher Gremien forderte. Auch den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz setzte Angela Merkel als Bundesministerin durch: für Mütter und Väter in den westdeutschen Bundesländern seinerzeit ein großer Fortschritt. Bis heute arbeitet sie dafür, Männern und Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern.<sup>10</sup>

Einen rasanten Aufstieg legte Angela Merkel zwischen 1990 und 1999 hin. Das. Im Juni 1993 nahm sie die Chance wahr, ihre Macht in der Partei auszubauen. Sie folgte Günther Krause (Bundesminister) nach seinem politischen Rückzug als CDU- Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern nach. Sie blieb bis 2003 Landesvorsitzende der CDU in Mecklenburg-Vorpommern.

Am 17. November 1994 wechselte die Ministerin zum Bundesumweltministerium. Sie wurde Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bis zum 24. Oktober 1994. Sie wird die Präsidentin der Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Berlin. Das bedeutete den Einstieg in die internationale CO<sup>2</sup>-Reduktionen und das Kreislaufwirtschaftsgesetz. Im Januar 2005 versetzte sie den Staatssekretär Clemens Stroetmann in den einstweiligen Ruhestand. Sie verhandelte gegen harte Widerstände das „Berliner Protokoll“ zur Reduzierung von Treibhausgasen.

1997 schrieb Angela Merkel ein Buch: „Preis des Überlebens“. Dort erörterte sie wesentliche Umweltfragen und Umweltprobleme mit namhaften Experten aus

---

<sup>9</sup>STOCK, Wolfgang, *Angela Merkel, Eine politische Biografie*. 1.Aufl. München: Olzog Verlag GmbH, 2000.ISBN 3-7892-8038-0, S.190

<sup>10</sup>KORNELIUS, Stefan, *Angela Merkel: Die Kanzlerin und ihre Welt (Zeitgeschichte)*. 1.Aufl. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag GmbH.2013 ISBN 978-3455502916

unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft. Sie formulierte Aufgaben künftiger Umweltpolitik mit dem Ziel, diese für unsere Zukunft wichtigen Fragen zu einem Bestandteil der Gesamtpolitik zu machen.<sup>11</sup>

Im September 1998 verliert die Koalitionsregierung von CDU/CSU und FDP unter Kanzler Helmut Kohl die Bundestagswahl. Angel Merkel gewann als eine der wenigen CDU-Abgeordneten ihren Wahlkreis. Am 7. November wird sie erste weibliche Generalsekretärin der CDU. Sie wurde auf einem Vorschlag von designierten CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble gewählt. In dieser Funktion verblieb sie bis April 2000.

Am 20. Mai 1991 wurde die Unterschriftenaktion von CDU und CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft mit fünf Millionen Unterschriften abgeschlossen. Das bedeutete die größte Aktion dieser Art in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Im Juni 1999 schaffte die CDU bei Landtagswahlen und später bei der Europawahl zusammen mit der CSU gute Ergebnisse.

### **3.3 Ära Kohl und die Spendenaffäre**

Die große Parteispendenaffäre wurde erst nach der Amtszeit von Helmut Kohl als Bundeskanzler aufgedeckt. Helmut Kohl spielte dabei eine große Rolle, er war die zentrale Figur. Der ehemalige CDU-Schatzmeister Walther Leiser Kiep musste sich im November 1999 der Augsburger Staatsanwaltschaft stellen. Der Vorwurf war Steuerhinterziehung. Es ging um die bedeutende Spende von einer Million Mark des Waffenhändlers Karlheinz Schreiber. Der Verdacht hier war Bestechlichkeit der Regierung Kohl. Kiep wurde verdächtigt, im Jahre 1991 eine Million Mark erhalten und nicht versteuert zu haben. Die drei Akteure Schatzmeister der Leiser Kiep, der Finanzberater der CDU Horst Weyrauch und der Generalbevollmächtigter von Walther Leiser Kiep, Uwe Lüthje haben das Geld unter sich aufgeteilt.

Die CDU erfuhr das von den Nachrichtenagenturen. Weyrauch führte auch Anderkonten auf den Namen der CDU und forderte alle Unterlagen über Anderkonten an. Der frühere CDU-Generalsekretär Heiner Geißler schließlich machte am 26. November 1999 ein Geständnis, dass es schwarze Konten in der Ära Kohl bei der CDU gab.

---

<sup>11</sup>Bücher. de [online] 2014 [zit. 2014-11-14] Erreichbar unter:  
<[http://www.buecher.de/shop/buecher/der-preis-des-ueberlebens/merkel-angela/products\\_products/detail/prod\\_id/25929876/](http://www.buecher.de/shop/buecher/der-preis-des-ueberlebens/merkel-angela/products_products/detail/prod_id/25929876/)>

Angela Merkel erklärt in einer ersten Pressekonferenz, dass es im Rechenwerk der Partei keine Hinweise auf den Eingang einer Millionenspende gibt.<sup>12</sup>

Am 30. November 1999 übernahm Kohl die politische Verantwortung für die Existenz der verdeckten Parteikonten. Er gab im Rahmen eines Fernsehinterviews zu, in der Zeit zwischen 1993 und 1998 bis zu zwei Millionen Mark Parteispenden illegal in bar angenommen zu haben und nicht deklariert zu haben.<sup>13</sup> Die Namen der Spender wollte er nicht nennen, weil er ihnen die Anonymität per Ehrenwort versprach.

Die Reputation von Kohl hat schwere Schäden erlitten. Im Januar eröffnete die Bonner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen den früheren CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Kohl wegen Verdachts der Untreue. Am 16. Januar entschließt sich W. Schäuble zum Rücktritt vom CDU-Parteivorsitz. In den folgenden Tagen trat Kohl auf Druck der CDU- Spitze vom Amt des Ehrenvorsitzenden zurück. Im Laufe der Untersuchungen wurde dann festgestellt, dass die CDU offenbar zahlreiche Schattenkonten besaß, unter anderem auch eines namens Norfolk in der Schweiz. Diese Konten dienten zur Verschleierung illegaler Parteispenden. Die eingezahlten Gelder wurden zur Finanzierung der Wahlkämpfe verwendet.<sup>14</sup> Anschließend fanden auch so genannte Regionalkonferenzen statt. Dort wurde die CDU-Spendenaffäre mit der Parteibasis diskutiert und aufgearbeitet. Angela Merkl stand wegen der Situation in die Schlüsselposition.

Der CDU-Vorstand Friedrich Merz nominiert Angela Merkel als einzige Kandidatin für den CDU-Vorsitz. Auf dem CDU-Parteitag in Essen am 10. April 2000 wurde Angela Merkel mit 95,94 Prozent der Stimmen zur neuen Parteivorsitzenden gewählt. Zum ersten Mal steht eine Frau und eine Deutsche aus dem Osten an der Spitze einer deutschen Volkspartei. Sie nannte ihre Wahl ein „*Stückgelebter deutscher Einheit*.“<sup>15</sup> Angela schrieb in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung dazu: „*Die Partei müsse laufen lernen. Sie muss sich wie jemand in der Pubertät von zu Hause lösen, eigene Wege gehen.*“

---

<sup>12</sup>STOCK, Wolfgang, *Angela Merkel, Eine politische Biografie*. 1. Aufl. München: Olzog Verlag GmbH, 2000. ISBN 3-7892-8038-0, S. 195, Ebd., S 196.

<sup>13</sup>MASER, Werner. *Helmut Kohl, der deutsche Kanzler: Biographie*. 2. Aufl. Berlin: Ullstein, 1990. ISBN 3-550-07401-8

<sup>14</sup>DREHER, Klaus. *Helmut Kohl: Leben mit Macht*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1998. ISBN 3-421-05122-4.

<sup>15</sup>, Ebd., STOCK, Wolfgang, *Angela Merkel, Eine politische Biografie*. S 288

Die Affäre brachte Alt-Kanzler Kohl in Bedrängnis, kostete Wolfgang Schäuble den Parteivorsitz und half Angela Merkel. Schließlich rechnete die damalige Generalsekretärin Angela Merkel mit Altbundeskanzler Kohl ab, der Parteivorsitzende Schäuble stürzte und von Merkel beerbt wurde. Diese Affäre gehört zu einem Grundstein für Merkels starke Stellung in der Zukunft.<sup>16</sup> Es war von Angela Merkel intelligent, wie sie die Parteispendenaffäre für ihre Zwecke instrumentalisierte, um Kohl die Rolle des Übertaters zu nehmen und den CDU Parteivorsitzenden Schäuble zu demontieren. Als Konsequenz aus dieser Schwarzgeldaffäre wurde auch das Gesetz über die politischen Parteien im Hinblick auf mehr Transparenz für Parteispende verschärft.

---

<sup>16</sup> *Die Welt* [online] 2014 [zit. 2014-10-22] Erreichbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article5073858/Wie-die-CDU-Spendenaffaere-Merkel-den-Weg-ebnete.html>

## 4. Die CDU ist Angela Merkel, Angela Merkel ist CDU

„CDU-das heißt für mich, das zu bewahren, was uns stark macht, und in die heutige Gesellschaft zu übertragen. Das bedeutet, mit diesen Werten und Überzeugungen gemeinsam nach dem Besten für unser Land zu sterben. Das ist Vielfalt und Interessenausgleich.“<sup>17</sup>

Angela wird seit dem 10. April 2000 neue CDU-Bundesvorsitzende. Neuer CDU-Generalsekretär wurde auf ihren Vorschlag Ruprecht Polenz. Angela Merkel wurde damals zur Weißwäscherin der CDU, weil sie während des Spendenskandals als Vorreiterin der Kritik an Kohl bezeichnet wurde. Die CDU stand vor einer Phase der Neuorientierung und sehnte sich nach einer Persönlichkeit, die die CDU Volkspartei neu ordnen und auf den politischen Erfolgspfad zurückführen konnte. Der Vorstand verjüngte sich deutlich.<sup>18</sup> Friedrich Merz übernahm den Vorsitz der CDU/CSU Bundestagsfraktion. Auch als Folge bescherte die Spendenaffäre der CDU zwischen den Jahren 2000 und 2001 keiner erfolgreichen Landtagswahl. Nach der verlorenen Bundestagswahl 2002 verlangte Angela Merkel den CDU/CSU-Fraktionsvorsitz im Bundestag, das bisherige Amt von Friedrich Merz. Dafür verzichtete sie aber auf die Kandidatur für den Bundeskanzler. Das machte sie zu Edmund Stoibers Gunsten. Sie wollte der Regierung Schröder im Parlament als Oppositionsführerin gegenüber treten. Herr Friedrich Merz stimmte damit nicht überein. Es entstand eine Konkurrenzkonstellation zwischen Merkel und Merz. Auf dem CDU-Bundesparteitag in Hannover gewann sie die Wahl und wurde mit 93,6 Prozent der Stimmen als Vorsitzende wiedergewählt. Die Menschen glaubten wieder an Angela Merkel und im Jahr 2003 brachte sie bei den Landtagswahlen Erfolge in Hessen und Niedersachsen. Während des Jahres 2004 setzte sich Angela Merkel in der Türkei für das Modell der *privilegierten Partnerschaft* ein und äußerte sich zur innenpolitischen Lage Deutschlands im Hinblick auf die Integrationsproblematik der muslimischen Bevölkerung. Sie kritisierte mangelnden Integrationswillen der Muslime.<sup>19</sup>

Dank dem Debakel und Misserfolg der SPD bei der Landtagswahl am 22. Mai 2005 in Nordrhein-Westfalen ersuchte Schröder das Bundesparlament um das Vertrauensvotum.

---

<sup>17</sup>LANGGUTH, Gerd. *Angela Merkel, Biographie*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 2010. ISBN 978-3423346276

<sup>18</sup>Konrad-Adenauer-Stiftung [online] 2014 [zit. 2014-10-27] Erreichbar unter: <http://www.kas.de/wf/de/71.8764/>

<sup>19</sup>ROLL, Evelyn, *Die Kanzlerin, Angela Merkels Weg zur Macht*, 2.Aufl. Berlin: Ulstein Buchverlage GmbH, 2009. ISBN 978-3-548-37269-3

Im Herbst 2005 fand deswegen eine vorgezogene Neuwahl des Bundestages statt. Die Parteipräsidenten von CDU und CSU bestimmten Angela Merkel zur Kanzlerkandidatin der Unionsparteien. Die CDU gewann die Bundestagswahl mit der Spitzenkandidatin Merkel und erreichte 35,2% vor der SPD mit 34,2%. Wegen der Nachwahlsituation war es notwendig eine große Koalition zu bilden. Nach der Verhandlung in Dresden begannen die Gespräche zwischen CDU und SPD zur Bildung dieser Großen Koalition und am 12. November stellte sie den Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD ein.<sup>20</sup>

Für die Bundeskanzlerin ist immer wichtig, die geeignete Lösung oder einen Kompromiss finden, wenn es möglich ist. Deshalb schreibt sie auf ihren Webseiten: „*Die Jüngeren haben andere Wünsche als die Älteren, Frauen manchmal andere als Männer. Arbeitnehmer haben andere Interessen als Unternehmer. Es ist nicht immer einfach, alle unter einen Hut zu bekommen, aber lohnend. Denn es ist so sicher, dass wir die unterschiedlichen Interessen der Menschen in unserem Land in einen fairen Ausgleich bringen.*“<sup>21</sup>

---

<sup>20</sup>MOHR, Burkhard. CDU, *Das schwarze Parteibuch*, München: Tomus Verlag GmbH, 1998. ISBN 978-3823115557

<sup>21</sup>Angela Merkel [online] 2012 [zit. 2014-10-20] Erreichbar unter: <<http://www.angela-merkel.de/persönlich.html>>

## 5. Christlich demokratische Union Deutschlands

### 5.1 Konrad Adenauer

Die Christlich Demokratische Union (CDU) wurde im Juni 1945 gegründet. Zu den Begründern der CDU gehörte Konrad Adenauer, der von 1950 bis 1966 Parteivorsitzender war. Am 15.9. 1949 wurde auch Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler gewählt (er war im Amt des Bundeskanzlers von 1949 bis 1963). Als Präsident des Parlamentarischen Rates und auch Außenminister der Bundesrepublik Deutschland setzte er sich für Bonn als Bundeshauptstadt ein, stand für eine Politik der Westbindung und der Europäischen Einigung und eine aktive Rolle der Bundesrepublik in der NATO. Adenauer stand wirtschaftspolitisch für das System der Sozialen Marktwirtschaft. Merkel sieht ihn als Politiker, der „das Fundament für Deutschlands Zukunft in Europa gelegt hat,“ und sieht die CDU als „Partei der europäischen Einigung“<sup>22</sup>. „Deutschland war nach dem Zweiten Weltkrieg sehr diskreditiert und zerstört, trotzdem entschied sich Konrad Adenauer für die proeuropäische Orientierung, was natürlich nicht so einfach war. Er strebte ein vereintes Europa an. Aber die nationalen Identitäten von einzelnen europäischen Staaten sollten bewahrt werden. Konrad Adenauer sagte dazu: „Die Deutschen sind Deutsche, die Franzosen Franzosen, die Niederländer Niederländer. *Jeder will sein Vaterland behalten mit seiner Kultur, Geschichte und Sprache. Keiner kann verlangen, dass die berechnigte Eigenart aufgegeben wird.*“<sup>23</sup>

### 5.2 Helmut Kohl

Ein anderer Parteivorsitzender und der sechste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland Helmut Kohl (im Amt des Bundeskanzlers: 1982-1998) trug auch zur europäischen Einigung, der Stärkung der Position Deutschlands in Europa und der deutschen Einigung bei. Helmut Kohl war von 1973 bis 1998 Bundesvorsitzender seiner Partei und danach bis 2000 deren Ehrenvorsitzender. Angela Merkel bewertet Kohls Arbeit sehr positiv: „Allein während der Kanzlerschaft von Helmut Kohl wurde die Europäische Gemeinschaft zweimal erweitert, wurde sie zur Europäischen Union und wurden Grenzkontrollen abgeschafft. Der Binnenmarkt wurde verwirklicht und der Euro samt einer europäischen

---

<sup>22</sup> MERKEL, Angela. (Hrsg.), *Europa und die deutsche Einheit*, Wien: Verlag Herde, 2001. ISBN 978-3451201400

<sup>23</sup> *Konrad-Adenauer-Stiftung* [online] 2014 [zit. 2014-11-27] Erreichbar unter: <http://www.konrad-adenauer.de/stichworte/europapolitik/europaische-einigung/>

Zentralbank nach dem Vorbild der Bundesbank auf den Weg gebracht <sup>24</sup>Heute sieht Angela Merkel die Rolle Deutschlands in Europa sehr ähnlich wie Konrad Adenauer und Helmut Kohl.

An der europäischen Einigung nahm die CDU sowie ganze Deutschland seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhundert teil. Besonders nach dem Zweiten Weltkrieg spielten die christlichen Demokraten eine wichtige Rolle im Rahmen der Entwicklung der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Politiker der CDU bemühten sich, großen Einfluss auf die westeuropäische Politik auszuüben. Sie verfolgte die Vision „*eines stärker integrierten Kerneuropas*“ und mithilfe dessen setzten sie die ideologische Richtung der CDU im Kontext der europäischen Einigung fest. Die Erweiterung und Vertiefung der europäischen Integration wurde stark von der CDU gefordert, obwohl die Gründungsländer an Einfluss verloren.<sup>25</sup>

Hauptziel der CDU war es, alle christlich orientierten Kräfte in einer Union zu sammeln. Das staatliche Leben sollte auf christlicher, demokratischer und föderaler Grundlage aufgebaut werden. Von großer Bedeutung wurde ab 1948 die Soziale Marktwirtschaft, die durch Ludwig Erhard geprägt wurde. Die CDU setzte sich von Beginn ihrer Existenz an für die europäische Integration Deutschlands und für die Westbindung in Europäischer Gemeinschaft und NATO ein. Die CDU sieht bis heute die Soziale Marktwirtschaft als ein Garant für Freiheit, Wohlstand, und Sicherheit in der Zukunft an. Die Wiedervereinigung Deutschlands war immer ein zentrales Ziel. Unter der Führung von Helmut Kohl entstand ein einiges und fest im Westen verankertes Deutschland.

Am 18.März 1990 siegte die CDU zusammen mit dem „*Demokratischen Aufbruch*“ (DA) und der „*Deutschen Sozialen Union*“ (DSU) bei den ersten freien Volkskammerwahlen. Am 1.und 2.Oktober 1990 vereinigten sich die West- und Ost-CDU auf dem ersten gemeinsamen Parteitag der gesamtdeutschen CDU Deutschland. Die bayerische Schwesterpartei Christlich-Soziale Union (CSU) ist seit 1949 mit der CDU in einer Fraktionsgemeinschaft im Deutschen Bundestag verbunden.<sup>26</sup>

---

<sup>24</sup> MERKEL, Angela. (Hrsg.), *Europa und die deutsche Einheit*, Wien: Verlag Herde, 2001. ISBN 978-3451201400

<sup>25</sup> MERKEL, Angela, *Daran glaube ich: Christliche Standpunkte*, Leipzig: St-Benno Verlag, 2013. ISBN 978-3746237749

<sup>26</sup> *Christlich Demokratische Union Deutschlands* [online] 2014 [zit. 2014-11-23] Erreichbar unter: <http://www.cdu.de/artikel/selbstverstaendnis-der-cdu>

### 5.3 Organisation der CDU

Die Christlich Demokratische Union bezeichnet sich als Volkspartei der Mitte, als christlich-soziale und liberale Partei. Sie wendet sich an Menschen aus allen sozialen Schichten und Gruppen Deutschlands. Die Hauptschritte der Politik sind das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Zu den Grundwerten gehören Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Im Grundsatzprogramm der CDU steht, dass nach christlichem Verständnis Mensch, Natur, und Umwelt Schöpfung Gottes sind.<sup>27</sup>Die Partei ist für jeden offen, der die abgeleiteten Grundüberzeugungen der CDU bejaht. Die CDU Deutschland steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die ökologische und soziale Marktwirtschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Sie bemüht sich um die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft. Die CDU bevorzugt immer moderne Konzepte. Die Ideen und Vorstellungen der Partei trieben das Aufbauwerk nach dem Krieg erfolgreich voran, Die Ideen verankerten Deutschland in die Europäischen Union und die NATO. Die deutsche Einheit erfüllte große politische Visionen.

An der Spitze der CDU steht seit dem 10. April 2000 die Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel. Bei der Erfüllung ihrer Aufgabe unterstützt sie Generalsekretär Dr. Peter Tauber. Der Bundesgeschäftsführer ist Dr. Klaus Schüler. Mindestens alle zwei Jahre tritt der Bundesparteitag zusammen. Der Bundesparteitag wählt den Vorsitzenden, den Generalsekretär, stellvertretende Vorsitzende, den Bundesschatzmeister und sieben weitere Mitglieder. Die CDU ist bekannt als eine föderal geprägte Partei. Sie hat fast eine halbe Million Mitglieder. Die Mitglieder engagieren sich in insgesamt 17 Landesverbänden (davon 14 in den Bundesländern außer Bayern sowie je einer in Braunschweig, Hannover und Oldenburg), 27 Bezirksverbänden, 336 Kreisverbänden, und über 10 000 Ortverbänden.

Der CDU-Generalsekretär Peter Tauber schreibt am 12.2. 2015 in „*Die Politische Meinung*“, einer Zeitschrift der Konrad-Adenauer- Stiftung über die Erneuerung von der Volkspartei und über die Evolution der CDU in der Zukunft: „Gemeinsam mit unseren Mitgliedern wollen wir das inhaltliche Profil der CDU schärfen sowie unsere

---

<sup>27</sup>MERKEL, Angela, *Daran glaube ich: Christliche Standpunkte*, Leipzig: St-Benno Verlag, 2013. ISBN 978-3746237749

Organisationskraft und unsere Kampagnenfähigkeit stärken.“<sup>28</sup> Er legte in seinem Beitrag die drei zentralen Ziele der Kommission „Meine CDU 2017“ dar.<sup>29</sup> Die Gesellschaft in Deutschland veränderte sich und damit auch die neuen Anforderungen an die CDU. Der CDU-Generalsekretär Peter Tauber arbeitet zusammen mit der Parteireform- Kommission „Meine CDU 2017“ bereits seit dem vergangenen Sommer daran, was sich konkret ändern muss. Auf dem CDU Parteitag in Köln wurden die neue Methode „*Graphic Recording*“ benutzt. Durch diese Methode kann der Zeichner die Vorschläge und Ideen von zahlreichen Delegierten und Gäste direkt in ein Bild übersetzten. Die Anregungen zur Zukunft der CDU fließen in die Arbeit der Kommission „Meine CDU 2017“ ein. In Köln erklärte auch Peter Taube, dass die CDU offener für Frauen, für junge Leute und Zuwanderer werden muss. Damit versprach er die Realisierung der Parteireform.

#### **5.4 Der Hauptsitz der CDU, Konrad-Adenauer-Haus**

Das Konrad-Adenauer-Haus befindet sich im Ortsteil Tiergarten im Berliner Bezirk Mitte. Das Haus dient als die Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands. Das ganze Gebäude wurde von dem Architekt Büro Petzinka pink und Partner vorgeschlagen. Hier treffen neben der Parteivorsitzenden Angela Merkel und dem Generalsekretär Peter Taube auch die Mitarbeiterstäbe aus fünf Bereichen von der CDU zusammen. Dank seiner markanten Architektur ist das Gebäude eine vertraute Ansicht in Deutschland. Die Hauptetage ist im sechsten Stock, weil sich dort man die Büros der Parteivorsitzenden Angela Merkel und ihrer persönlichen Mitarbeiter befinden. Im gleichen Stock ist noch das Büro für Auswärtige Beziehungen (BAB) untergebracht, wo die „*Diplomaten*“ des Konrad Adenauer Haus internationale Kontakte zu Parteien, Stiftungen, Botschaften und sonstigen Institutionen pflegen. Das Büro für Auswärtige assistiert der Parteivorsitzenden und dem Generalsekretär. Im obersten Stock des Konrad-Adenauer-Haus gibt es auch die Büros des Bundesschatzmeisters Philipp Murman und des Revisionsbeauftragten, die beide weisungsabhängig und ehrenamtlich tätig sind. Der Bundesschatzmeister wird bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben von einem Team unterstützt. Der CDU Generalsekretär Peter Taube sitzt im fünften Stock mit seinen Mitarbeiter. Er ist Angela Merkels rechte Hand und unterstützt die Parteivorsitzende bei der Führung der Partei. Neben dem Büro des

---

<sup>28</sup>Christlich Demokratische Union Deutschlands [online] 2014 [zit. 2014-11-20] Erreichbar unter <http://www.cdu.de/meinecdu>

<sup>29</sup>Konrad-Adenauer-Stiftung [online] 2014 [zit. 2014-11-27] Erreichbar unter [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_40387-544-1-30.pdf?150211121909](http://www.kas.de/wf/doc/kas_40387-544-1-30.pdf?150211121909)

Generalsekretärs befinden sich auf dem gleichem Stockwerk das Büro von Bundesgeschäftsführer Klaus Schüler und der Bereich Kommunikation und Medien (KM). KM ist verantwortlich für die tagesaktuelle Kommunikation und dient als Bindeglied zwischen der Internetseite [www.cdu.de](http://www.cdu.de), den sozialen Netzwerken, der Bürgerkommunikation, dem Bewegtheit von CDU.TV und den Aussagen und Statements der Hausleitung. Die Hauptrolle spielt dabei die Pressestelle, zu deren Aufgaben z.B. die Vermittlung von Kontakten zwischen CDU-Politiker und den Medien gehört. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Programm arbeiten in der vierten Etage. Die Mitarbeiter des Bereichs beschäftigen sich mit der Programmatik und der politischen Strategie der CDU und unterstützen die Parteiführung bei der programmatischen Arbeit. Zu anderen wichtigen Aufgaben des Bereichs gehört die Vorbereitung der Texte für die Parteivorsitzende und den Generalsekretär. In der dritten Etage hat der Bereich Marketing und Kampagnen (MK) seinen Sitz. MK funktioniert als die „*Werbeagentur*“ der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Hier entwickeln die Leute öffentlichkeitswirksame Kampagnen für die CDU und werden Werbemaßnahmen für Bundestags-, und Europawahlkämpfe realisiert. Im zweiten Stock befindet sich das „*Aquarium*“, das als Besprechungszimmer oder als Arbeitsplatz der Onliner dient, wenn zum Beispiel die Parteivorsitzende Angela Merkel live über das Internet mit CDU-Mitgliedern diskutiert. Seit 2012 werden im „*Aquarium*“ Beiträge für den Online-Kanal CDU.TV produziert. In der unteren Etage werden insbesondere Groß-Events, wie CDU-Parteitage und Wahlkampfauftritte der Parteivorsitzenden durchgeführt.<sup>30</sup>

---

<sup>30</sup>Christlich Demokratische Union Deutschlands [online] 2014 [zit. 2014-11-20] Erreichbar unter <http://www.cdu.de/artikel/konrad-adenauer-haus>

## 6. Die Wahl der ersten Bundeskanzlerin(2005 - 2009)

Seit ihrer Gründung hatte die Bundesrepublik Deutschland sieben Kanzlern und eine Kanzlerin. Die Rolle des deutschen Regierungschefs ist im Grundgesetz von 1949 festgelegt.<sup>31</sup> Alle vier Jahre entscheiden die deutschen Einwohner neu über ihre Vertretung im Parlament, dem Deutschen Bundestag. Der Bundestag bestimmt dann, wer an der Spitze der Bundesregierung stehen soll. Jeder, der mindestens 18 Jahre alt ist und die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, kann Bundeskanzler oder Bundeskanzlerin werden. Ein Mandat im Bundestag braucht man nicht unbedingt. Der Bundespräsident schlägt nach Verhandlungen mit den Bundestagfraktionen eine Kandidatin oder Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers vor. Wenn die Bundeskanzlerin oder der Bundeskanzler in der ersten Wahlphase mit absoluter Mehrheit (mit der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages) gewählt ist, muss der Bundespräsident sie oder ihn binnen sieben Tagen nach der Wahl ernennen. Wenn die Kandidaten nur die relative Mehrheit erreichen, muss der Bundespräsident sie oder ihn entweder binnen sieben Tagen ernennen oder den Bundestag auflösen.

Am 22. November 2005 wurde Angela Merkel nach sieben männlichen Amtsvorgängern zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Sie war die erste Bundeskanzlerin und zugleich die jüngste Amtsinhaberin. Damals war Angela Merkel 51 Jahre alt. Zur Ernennung im Kanzleramt schreibt sie auf ihrer eigenen Webseite: *„Ich empfinde diese Aufgabe als große Ehre. Ich versuche jeden Tag, die Dinge so gut wie möglich für unsere Land zu entscheiden und das Leben der Menschen in Deutschland ein Stück besser zu machen.“*<sup>32</sup> Wegen der Koalitionsbildung musste sie auf einen Plan von der Marktfreistellung verzichten und den linksgerichteten Maßnahmen zustimmen (Mindestlohn in verschiedenen Sektoren oder finanzielle Unterstützung von den Unternehmen). Von den Liberalen wurde sie kritisiert, aber nach der Aussage der Analytiker verhielt sich Angela Merkel einfach pragmatisch.

---

<sup>31</sup> RESING, Volker. *Angela Merkel, Die Protestantin*. 1.Aufl., Leipzig: St. Benno-Verlag, 2009. ISBN: 978-3746226484

<sup>32</sup> *Angela Merkel* [online] 2012 [zit. 2014-10-20] Erreichbar unter: <<http://www.angela-merkel.de/persönlich.html>>

Auf dem Bundesparteitag der CDU am 27. November 2006 wurde Angela Merkel erneut zur Bundesvorsitzenden der Partei wieder gewählt. 2007 empfing die Bundeskanzlerin die Staats- und Regierungschef der Europäischen Union in Berlin.

Am 23. September nahm sie am Treffen mit dem geistlichen Oberhaupt von Tibet teil und empfing dabei den Dalai Lama Tenzin Gyatso. Das hatte zu diplomatischen Verstimmungen zwischen Peking und Berlin geführt. China hatte wegen des von Merkel als privaten Gedankenaustausch deklarierten Treffens mit dem Dalai Lama mehrere Treffen auch auf Ministerebene abgesagt.<sup>33</sup> Merkels außenpolitischer Berater Christoph Heusgen versicherte, dass die territoriale Integrität Chinas außer Frage stand, um die Situation zu beruhigen.

## **6.1 Aufgaben der Bundeskanzlerin**

Als Bundeskanzlerin ist Angela Merkel die deutsche Regierungschefin. Das Amt des Bundeskanzlers hat eine starke Position. Die Bundeskanzlerin hat nach Artikel 64 Grundgesetz das Recht, das Bundeskabinett zu bilden

Die Kanzlerin bringt dem Bundespräsidenten den Antrag von Kandidatinnen und Kandidaten für die Ministerämter ein. Die Entlassung der Bundesminister ist im gleichen Prinzip möglich. Außerdem hat die Bundeskanzlerin den Vorsitz im Bundeskabinett und führt die Kabinettsitzungen.

### **6.1.1 Rahmen für das Regierungshandeln**

Nach Artikel 65 Grundgesetz die Bundeskanzlerin die Richtlinien der Regierungspolitik fest und trägt dafür die Verantwortung. Diese Richtlinienkompetenz umfasst die Vorgabe eines Rahmens für das Regierungshandeln. Die Richtlinien leitet jeder Bundesministerin seinem Geschäftsbereich selbständig.

### **6.1.2 Absprachen mit Regierungspartnern**

Die Geschäfte der Bundesregierung werden von der Bundeskanzlerin geleitet. Diese Geschäfte sind nach einer Verhandlung vom Bundeskabinett beschlossen und vom

---

<sup>33</sup>*Süddeutsche Zeitung* [online] 2012 [zit. 2015-01-05] Erreichbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/dalai-lama-empfang-merkel-steht-zu-entscheidung-1.339650>

Bundespräsidenten genehmigt. Die Bundeskanzlerin trägt die Regierungsverantwortung gegenüber dem Bundestag.

### **6.1.3 Den Vizekanzler stellt der Koalitionspartner**

Die Bundeskanzlerin bestimmt auch ihre Stellvertreterinnen oder ihren Stellvertreter. Dieses Amt übernimmt in der Regel die Bundesminister. Falls es sich um eine Koalitionsregierung handelt, wird üblicherweise ein Parteimitglied des Regierungspartners zum Stellvertreter ernannt. Ebenfalls besitzt Angela Merkel die Befehlsgewalt und Kommandogewalt über die Streikkräfte.

### **6.1.4 Zustimmung zur Regierungspolitik**

Mithilfe der Vertrauensfrage kann sich die Bundeskanzlerin Merkel versichern, ob die Politik vom Bundestag unterstützt wird. Die Bundeskanzlerin kann dem Bundespräsidenten die Auflösung des Parlaments vorschlagen, wenn der Antrag keine mehrheitliche Zustimmung der Abgeordneten findet. Wenn der Bundestag eine neue Bundeskanzlerin oder einen neuen Bundeskanzler wählt, ist dieses Recht nicht mehr gültig.<sup>34</sup>

## **6.2 Die Kanzlerin und ihr Kabinett**

Die Bundesregierung besteht aus der Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Bundesministern. Die Kanzlerin und ihre Minister bilden zusammen die Bundesregierung bzw. das Bundeskabinett. Die Bundeskanzlerin leitet im Bundeskabinett den Vorsitz. Die Bundesminister sowie deren Ressorts werden von der Bundeskanzlerin Merkel bestimmt. Die Bundeskanzlerin ist auch immer bei ihrem Vorschlag politisch an die Koalitionsvereinbarungen gebunden. Die Verhandlungen über Koalitionsvereinbarungen sind meistens der Kabinettsbildung vorausgegangen. In diesen Vereinbarungen wird das Regierungsprogramm zur Abstimmung gebracht.

Koalition bedeutet, dass zwei oder mehrere im Bundestag vertretene Parteien ein Bündnis eingehen. Die Parteien müssen gemeinsam über die Mehrheit der Abgeordneten verfügen. Die Bundesregierung ist eine Koalitionsregierung, wenn sie gemeinsam eine Koalition bilden. Die Anzahl von Ministerinnen und Minister ist in der Regel nicht festgelegt.

---

<sup>34</sup>*Bundeskanzlerin* [online] 2015 [zit. 2015-01-05] Erreichbar unter: [http://www.bundeskanzlerin.de/Webs/BKin/DE/Kanzleramt/Aufgaben/aufgaben\\_der\\_kanzlerin\\_node.htm](http://www.bundeskanzlerin.de/Webs/BKin/DE/Kanzleramt/Aufgaben/aufgaben_der_kanzlerin_node.htm)  
1

Während der Amtszeit einer Bundesregierung kann sich die Besetzung von Ministerämtern verändern. Die wichtige Rolle spielt das Bundeskabinett in der Praxis der Leitung. Es findet regulär jeden Mittwoch die Beratung unter dem Vorsitz der Bundeskanzlerin statt. Wenn die Bundeskanzlerin nicht zur Verfügung steht, leitet ihre Stellvertreter die Sitzung. In den Kabinettsitzungen beraten und beschließen die Bundeskanzlerin und die Kabinettsmitglieder gemeinsam die nächsten Pläne für die Zukunft der Regierung. Zu den Vorhaben gehören zum Beispiel Gesetzentwürfe, Verordnungen, Initiativen, Aktionsprogramme, Berichte und der Bundeshaushalt. Das Bundeskabinett ist verwirklicht, wenn einschließlich der Bundeskanzlerin die Hälfte der Bundesminister anwesend ist.

Es gibt drei wichtige Arbeitsprinzipien für Bundesregierung: das Kanzlerprinzip, das Kollegialprinzip, und das Ressortprinzip. Sie stellen die Verbindung und die Arbeitsteilung im Kabinett fest. Nach dem Kanzlerprinzip bestätigt die Kanzlerin die Richtlinien der Politik und ist dafür verantwortlich. Sie besorgt die Geschäfte der Bundesregierung. . Nach dem Kollegialprinzip treffen die Kanzlerin sowie die Minister gemeinsam Entscheidungen, wenn über Angelegenheiten von politischer Bedeutung debattiert wird. Jede Ministerin und jeder Minister leitet seinen bzw. ihren Aufgabenbereich in eigener Verantwortung. Das machen sie alle nach dem Ressortprinzip. .Allerdings muss zugleich jeder Minister darauf achten, dass Entscheidungen innerhalb des von der Kanzlerin vorgegebenen politischen Rahmens getroffen werden. Diese Minister haben eine starke und wichtige Stellung. Sie sind oft in Kontakt mit der Öffentlichkeit und sie bilden auch einen Rückhalt bei parlamentarischen oder außerparlamentarischen Kräften.<sup>35</sup>

---

<sup>35</sup>*Bundeskanzlerin* [online] 2015 [zit. 2015-01-05] Erreichbar unter:

[http://www.bundeskanzlerin.de/Webs/BKin/DE/Kanzleramt/Bundeskabinett/bundeskabinett\\_node.html](http://www.bundeskanzlerin.de/Webs/BKin/DE/Kanzleramt/Bundeskabinett/bundeskabinett_node.html)

## 7. Bundeskanzlerin(2009 – 2013)

Obwohl die Angela Merkel während des geführten Wahlkampfes im September 2009 in der Öffentlichkeit und auch von Teilen der CDU/CSU oft kritisiert wurde, war nach der Bundestagswahl alles klar. Die kommenden vier Jahre wird Angela Merkel Deutschland mit einer schwarz-gelben Koalition regieren. Ihr wurde z. B. vorgeworfen, dass sie ihr Konzept zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise nicht klar bestimmte. Merkel selbst jedoch wiederlegte diese Vorwürfe. Im Verlauf des Wahlkampfes verlangte Angela Merkel die Senkung des Eingangssteuersatzes bei der Einkommensteuer. Weiterhin verwarf die Bundeskanzlerin einen flächendeckenden Mindestlohn und trat dafür ein, die Laufzeiten der Kernkraftwerke in Deutschland zu verlängern. Sie kündigte an, bis zum 9. November ihre Regierung zu bilden.

Vier Wochen nach der Bundestagswahl legten Union und FPD ihren Koalitionsvertrag vor. Am 27. September hatten die Bewohner Deutschlands als Souverän zum 17. Mal seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 und zum 6. Mal seit der staatlichen Einheit Deutschlands 1990 die Möglichkeit, ihr Parlament zu wählen. Das Endergebnis der Bundestagswahl 2009 war eindeutig:

- 33,8 % für CDU/CSU,
- 23% für SPD,
- 14,6% FDP,
- 11,9% Die Linke,
- 10,7% GRÜNE und 6% Sonstige.

Über ein solches Ergebnis des Bundeswahlleiters konnten sich Union und FPD freuen, weil sie ihr Wahlziel erreicht hatten. Sie konnten die lange Wunschkoalition von CDU/CSU und FPD realisieren. Stärkste Fraktion im neunten Bundestag war die CDU/CSU mit 239 Sitzen, davon 24 Überhangmagnate, vor der SPD mit 146 Sitzen der FDP mit 93 Sitzen, der Linken mit 76 Sitzen und Bündnis 90/Die Grünen mit 69 Sitzen.<sup>36</sup>

Nachdem die Koalitionsparteien auf einen Koalitionsvertrag übereinkamen, wurde Angela Merkel am 28. Oktober 2009 erneut zur Bundeskanzlerin Deutschlands gewählt. Am 10. November 2009 brachte sie ihre Regierungserklärung für die neue Legislaturperiode vor,

---

<sup>36</sup>Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg [online] 2015 [zit. 2015-01-15] Erreichbar unter: [http://www.bundestagswahl-bw.de/bundestagswahl\\_2009.html](http://www.bundestagswahl-bw.de/bundestagswahl_2009.html)

in der sie die Überwindung der erheblichen Folgen der Wirtschaftskrise in den Mittelpunkt stellte.

## 8. Die wichtigen politischen Ereignisse

### 8.1 Finanzkrise

Am 15. September 2008 erreicht die Finanzkrise ihren Höhepunkt. Tausende Angestellte mussten die viertgrößte Investmentbank der Welt räumen. Es war die schlimmste Krise seit dem schwarzen Freitag von 1929. Nach dem 15. September 2008 gingen die Börsenwerte weltweit auf Talfahrt. Der Versicherungsriese AIG musste von der US-Notenbank mit 85 Milliarden Dollar gerettet werden. Am 19. September entschied sich die US-Regierung, die Finanzbranche mit 700 Milliarden Dollar zu stützen. In der letzten Septemberwoche brach die größte US-Sparkasse „*Washington Mutual*“ zusammen und der Finanzkonzern „*Fortis*“ wurde von der Regierung Benelux-Staaten mit insgesamt 11,2 Milliarden Euro gerettet. Die Kontrolle über das Bankensystem musste am 7. Oktober der isländische Ministerpräsident, der auch vor einem Staatsbankrott warnte, übernehmen. Island konnte seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Im Oktober 2008 schritt die Bundesregierung ein. Sie beschloss eine Rettung für die Banken in Höhe von 500 Milliarden Betrag. Insgesamt stützte der deutsche Staat die Bank mit 102 Milliarden Euro, die schließlich verstaatlicht wurde.<sup>37</sup>

### 8.2 Situation in Deutschland

Die globale Finanzkrise begann 2007 in den USA. Die Finanzkrise führte zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums und zu Rezession auf der ganzen Welt.<sup>38</sup> Diese Krise beeinflusste Deutschland und ganz Europa. Merkel sieht es als Hauptaufgabe Deutschlands die Krise in der Europäischen Union zu bezwingen. Sie behauptete, dass die Bundesrepublik Deutschland selbst die Krise gut überwand und in dieser positiven Tendenz weitermachen sollte.

Durch die Insolvenz zahlreicher großer Finanzinstitute wurde im Herbst 2008 das historische Ausmaß deutlich. Die IKB (deutsche Industriebank), einige deutsche Landesbank und auch private Institute mussten Steuerabschreibungen in grundsätzlicher Höhe vornehmen.

---

<sup>37</sup>Planet wissen [online] 2015 [zit. 2015-01-15] Erreichbar unter [https://www.planet-wissen.de/politik\\_geschichte/wirtschaft\\_und\\_finanzen/boerse/finanzkrise\\_2008.jsp](https://www.planet-wissen.de/politik_geschichte/wirtschaft_und_finanzen/boerse/finanzkrise_2008.jsp)

<sup>38</sup> SINN, Hans-Werner, *Kasino-Kapitalismus: Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist*, Berlin: Ullstein Taschenbuch Verlag, 2010. ISBN 978-3548373034

Weitere bestimmte Leerverkäufe wurden strikt von der „BaFin“ (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) untersagen.

Die Merkel Regierung gab am 8. Oktober 2008 eine Garantieerklärung für die Spareinlagen in Deutschland heraus. Diese Garantie konnte jedes Institut und jeder Sparer eines Institutes ausnutzen, das Teil der deutschen Einlagensicherung war. Die Kanzlerin Angela Merkel bekräftigte nachfolgend die Garantie der Bundesregierung für alle Spareinlagen in Deutschland und forderte weitere Maßnahme zur Bewältigung der Finanzkrise. Laut der Kanzlerin sollten Manager und Aufsichtsräte für ihre Fehler zur Verantwortung gezogen werden. Sie bestätigte auch, dass kein Sparer um seine Einlage fürchten muss. Die Bundeskanzlerin sagte in einer Regierungserklärung im Bundestag: *„Diese Erklärung jedenfalls gilt.“*<sup>39</sup> Zugleich war Merkel aufgeklärt, wie ernst die Lage ist und es musste eine neue Systematik für alle Beteiligten im Finanzsektor geben, um künftige Krise zu verhindern.

Angela Merkel kritisierte auch die irische Regierung, die wenige Tage zuvor Garantien für die heimischen Banken abgeben hatte. *„Nicht geeignet ist der irische Weg, unabgestimmt eigene Bankinstitute unter einen Schirm zu stellen.“* sagte Merkel. Sie ergänzte mit Blick auf die irische Hypo-Real-Estate-Tochter Depfa: *„Andere internationale Institute, die auch lange in Irland Steuern gezahlt hätten, seien nicht in diesen Schirm mit einbezogen worden. Damit komme es zu Wettbewerbsverzerrungen.“* Von anderen europäischen Finanzministern wurde Merkels Verhalten als nationaler Alleingang kritisiert. Dieses Vorgehen von Angela Merkel war jedoch nach der EU-Kommission nicht problematisch einen erneuten europäischen Risikoschirm aller EU-Staaten als Hilfe für marode Bank lehnte die Bundeskanzlerin Merkel ab. Zugleich stellte sie in Zweifel, ob die Bankenaufsicht ihren Aufgaben gerecht geworden war.<sup>40</sup> Es war auch wichtig zu prüfen, ob das Zusammenspiel zwischen „BaFin“ und Bundesbank verbessert werden könnte.

Am 5. November und am 12. Januar 2009 wurden die Konjunkturpakete beschlossen, um die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die Realwirtschaft zu mildern und die schwere Rezession zu überwinden. Angela Merkel sah das als große Chance. Trotz starker Kritik aus der Opposition setzte sie als Bundeskanzlerin zusammen mit der SPD die

---

<sup>39</sup>*Spiegel ONLINE - Nachrichten* [online] 2015 [zit. 2015-01-27] Erreichbar unter [http://www.spiegel.de/thema/cdu\\_csu\\_fdp\\_koalition\\_2009/](http://www.spiegel.de/thema/cdu_csu_fdp_koalition_2009/)

<sup>40</sup>*Nachrichten auf Zeit ONLINE* [online] 2015 [zit. 2015-01-29] Erreichbar unter <http://www.zeit.de/online/2008/41/merkel-finanzkrise>

Einführung der Umweltprämie durch. Die Umweltprämie wurde zum Teil aus dem Investitions- und Tilgungsfond finanziert, einem Sondervermögen des Bundes. Die Prämie war in Höhe von 2500 Euro, die in Deutschland unter bestimmten Voraussetzungen gewährt wurde, wenn ein altes Kraftfahrzeug verschrottet und ein Neuwagen oder Jahreswagen zugelassen wurde. Dieser Schritt sollte zum einen die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen fördern und damit die ganze Automobilindustrie helfen. Bundeskanzlerin Merkel sagte dem angeschlagenen Autobauer Opel ihre Unterstützung bei der Suche nach einem Investor und staatliche Bürgerschaften in Aussicht, lehnt es aber ab, Teile von Opel zu verstaatlichen. Zum anderen sollte die Umweltprämie damit helfen, die Fahrzeugflotte zu renovieren, um die Belastung der Luft zu senken. Die Auswirkungen der Umweltprämie auf beide Ziele sind disputabel.

In der Neujahrsprache für 2011 wird die Bundesrepublik Deutschland wieder für einen erfolgreichen Staat der die Finanzkrise sogar gestärkt überwand, gehalten. In der Rede im Europäischen Parlament bot Angela Merkel den anderen EU-Mitgliedstaaten Deutschlands Aushilfe bei der Überwindung der Finanz- und zugleich Wirtschaftskrise an. Die EU-Mitgliedstaaten und die Europäische Union sollen aus der Krise lernen und weitere wichtige Reformen und unumgängliche Maßnahmen erlassen.

Neue Instrumente der Krisenbewältigung sollten entwickelt werden. Der wichtigste Punkt bei der Überwindung der Krise ist die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten. Wegen der Krise wird die Europäische Union in der Welt nicht immer positiv bewertet. Es ist notwendig, dies zu ändern. Die Europäische Union erhielt 2012 den ersten Friedensnobelpreis, der erste Schritt, der zur Verbesserung der Beziehungen zur Europäischen Union führte. Das Preisgeld will die EU an Not leidende Kinder spenden. Die europäischen Staats- und Regierungschefs, die an der Verleihungszeremonie im Osloer Rathaus teilnahmen (darunter auch Bundeskanzlerin Angela Merkel), begegnen die Verleihung mit Ovation.<sup>41</sup>

---

<sup>41</sup>*Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH* [online] 2001-2015 [zit. 2015-01-10] Erreichbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/nobelpreis-fuer-europaeische-union-der-preis-des-friedens-11988640.html>

## **9. Die Rolle Deutschlands in Europas und in der Europäischen Union**

### **9.1 Allgemein über die Europäische Union**

Die Europäische Union war nicht immer so groß wie heute. Die ersten europäischen Länder 1951 waren Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Im Lauf der Zeit entschieden sich immer mehr Länder für den Beitritt in die EU. Mit Kroatien, das am 1. Juli 2013 beitrug, gehören heute 28 Mitglieder zur EU. Es gibt auch Länder, die zu den Kandidatenländern oder potenziellen Kandidatenländern gehören. Die Bewerberländer sind Albanien, die ehemalige Jugoslawische Republik, Island, Montenegro, Serbien, Türkei. Bosnien und Herzegowina und auch Kosovo sind momentan potenzielle Kandidatenländer.<sup>42</sup> Um in die Europäische Union aufgenommen zu werden, muss ein Land bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Die Barrieren können z. B. gesellschaftliche Probleme in einem Land sowie Armut, Kriminalität, oder Bestechung sein. In jedem Falle müssen die Menschenrechte respektiert werden. Die Bürger der EU sollen das Recht auf freie Äußerung haben. Manche Länder fürchten sich, dass Beschlüsse der EU eigene wichtige Regelungen und Normen bedrohen könnten.

### **9.2 Aufgaben und Ziele der EU**

Zu den wichtigsten Aufgaben der Europäischen Union gehören eine Zusammenarbeit in der Außenpolitik und Sicherheitspolitik sowie Kultur-, Umwelt-, Bildungspolitik und eine gemeinsame Währungspolitik. Die einheitlichen Gesetze sind nicht immer so einfach durchzusetzen, weil in vielen Punkten die Interessen der Mitglieder auseinander gehen. Das zeigte sich zum Beispiel in der Einführung des Euro im Jahr 2002. Länder wie Großbritannien oder Schweden verweigerten, den Euro zu übernehmen und blieben bei ihrer nationalen Währung. Zu den anderen wichtigen Themen für die Zukunft gehören ebenso Umweltschutz und Energiepolitik, der Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus, Erneuerungen im Handel und in der Wirtschaft, die Stärkung der Menschenrechte und die Zuwanderungspolitik.

---

<sup>42</sup>HERZ, Dietmar, *Die Europäische Union*, Aufl. 2., München: C.H.Beck Wissen, 2007. ISBN 978-3406447594

Ein EU-Beitritt bringt viele Vorteile für die Beteiligten. Die Staaten bemühen sich, gemeinsame Ziele zu erreichen. Die Mitglieder arbeiten politisch enger zusammen. Es gibt finanzielle Unterstützung für ärmere Länder. Reichere Länder können in der Europäischen Union ihre Erzeugnisse zollfrei in anderen EU-Staaten transportieren und fördern damit den Absatz.

Das Motto der Europäischen Union lautet „*In Vielfalt geeint*“. Es bringt zum Ausdruck, dass sich die Europäer in der Europäischen Union zusammenschlossen. Die Flagge der EU zeigt einen Kreis aus zwölf goldenen Sternen auf blauem Hintergrund. Die Sterne stellen die Werte Einheit, Solidarität und Harmonie zwischen den Völkern Europas dar.

Die Bundeskanzlerin präsentiert Deutschland als Land, das sich um eine demokratische, starke und friedliche Union bemüht. Deswegen sieht Angela Merkel Deutschland als Motor der Europäischen Union, der Verlässlichkeit und Integrationswillen bewies. Die Bundesrepublik Deutschland stellt für die Welt immer einen vertrauenswürdigen und zuverlässigen Staat dar.<sup>43</sup> Die Verantwortung Deutschlands als Führungsnation in der Krise ist groß, doch immer häufiger wird im Ausland die deutsche Dominanz beklagt. Deutschland ist heute das bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Land der Europäischen Union.

Es gibt heute viele Fragen nach dem Nutzung, den die Europäische Union ihren Bürgern momentan und in Zukunft bringt. Besonders für Deutschland zahlte sie die Mitgliedschaft in der EU aus. Die Europäische Union stellt für Deutschland mehr Arbeitsplätze sicher. Fast zwei Drittel Produkte aus dem deutschen Markt werden in die EU exportiert. Der Euro etablierte sich als zweiwichtigste Währung und der Binnenmarkt sicherte der deutschen Wirtschaft Absatzmärkte. Damit wächst auch der Wohlstand Deutschlands. Durch den größeren Wettbewerb sinken die Preise. Außerdem bietet Europa für Deutschland Verbraucherschutz. Man kann in Europa unkompliziert und ohne größere Beschränkungen reisen. Die Europäische Union setzt sich für den Erhalt einer reichen Flora und Fauna ein. Sie fördert den Umweltschutz und ist weltweit Spitzenreiterin beim Klimaschutz. Die Europäische Union bietet eine gemeinsame Strategie für Energiesicherheit. Merkel erachtet es als wichtig, dass die EU gegenüber den Lieferländern der Rohstoffe mit einer Stimme spricht. Nur gemeinsam kann die EU weltweit friedenserhaltende und friedensschaffende Maßnahmen

---

<sup>43</sup> MERKEL, Angela. (Hrsg.), *Europa und die deutsche Einheit*, Wien: Verlag Herde, 2001. ISBN 978-3451201400

durchführen, weil selbst die EU Mitgliedstaaten zu klein sind, um ihre Interesse zu realisieren. Dieses Prinzip stellt eines der Grundkonzepte der Europäischen Union dar. Eine Gemeinsamkeit ist die klare und sichere Absage an Extremismus, Hass und Gewalt. Deshalb sieht Merkel die deutsche EU-Mitgliedschaft als einen großen Vorteil für Deutschland. Das vereinte Europa sichert den Wohlstand und die Prosperität. Im diesem Rahnen handelt es sich nicht nur um den Binnenmarkt der Europäischen Union, sondern es geht um die Stärkung der Position Deutschlands auf dem Weltmarkt.

In der Zukunft will die deutsche Bundeskanzlerin die Rolle Deutschland in Europa stärken. Auch die Bedeutung die Europäische Union sollte gestärkt werden. Die Bundeskanzlerin Merkel schlägt im Kontext der positiven Ergebnisse der europäischen Gemeinsamkeit einige Möglichkeiten vor, wie der Einfluss der EU auf den EU-Mitgliedstaaten noch mehr gestärkt werden kann. Ihre Hauptgedanken sind z. B. mehr gemeinsame Finanzmarktpolitik, mehr gemeinsame Fiskalpolitik und mehr gemeinsame Wirtschaftspolitik zu fördern. Sie schlägt auch mehr Kompetenz für die europäischen Institutionen vor. Angela Merkel vertritt die Meinung: *„Je stärker nicht nur die Europäische Union sondern ganz Europa, desto stärker auch Deutschland“*<sup>44</sup>.

---

<sup>44</sup> MERKEL, Angela. (Hrsg.), *Europa und die deutsche Einheit*, Wien: Verlag Herde, 2001. ISBN 978-3451201400

## II DER PRAKTSCHER TEIL

### 10. Krieg in der Ukraine, Angelas Merkels Sicht

#### 10.1 Umbruch in der Ukraine

Seit November 2013 kam es in der Ukraine zu Auseinandersetzungen zwischen dem Regime unter dem Präsident der Ukraine Viktor Janukowitsch und der demokratischen Oppositionen unter Führung von Vitali Klitschko. Klitschko forderte den Rücktritt des Präsidenten. Die ukrainische Regierung mit dem Präsident Janukowitsch machte die überraschende Ankündigung, dass das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union nicht unterzeichnet wird. Der Präsident stoppte die gesamte Verhandlungen mit der EU und anstatt dessen vereinbarte er eine starke Kooperation mit Russland.

In der Ukraine entbrannten die größten Proteste seit der „Orangen Revolution“ 2004. Mehr als 400 000 Menschen versammelten sich auf dem Platz der Unabhängigkeit Maidan in Kiew und demonstrierten. Zunächst waren die Demonstrationen friedlich. Viele Ukrainer sahen die Zukunft ihres Landes im Westen. Sie warfen dem Regime Janukowitschs Korruption vor. Die ukrainischen Bürger kritisierten die hohe Arbeitslosigkeit. Es mischten sich Proeuropäische Demonstranten mit Radikalen Nationalistischen. Neben dem von Vitali Klitschko figurierten dort die bekannten ukrainischen Namen wie Oleh Tyahnybok (Rechtsextreme Svoboda-Partei) oder Arsenij Jazenjuk (Vaterlandspartei). Ihr gemeinsames Ziel war der Sturz Janukowitschs und neue Wahlen. Die Demonstranten stürmten die Regierungsgebäude in Kiew. Die Polizei musste sogar schießen. Die gewaltsamen Proteste und Eskalationen auf dem Unabhängigkeitsplatz Euromaidan forderten zahlreiche Todesopfer und Verletzte.

Seit dem 18. Februar erlebte Kiew die blutigsten Tage. Mitverantwortlich für die Eskalation war die ukrainische polizeiliche Spezialeinheit Berkut. Sie ging mit aller Härte gegen Demonstranten vor. Der Druck durch die Opposition war schließlich zu groß. Präsident Janukowitsch musste fliehen und die Regierung zerbrach. Die bedeutende Frau der Opposition Julija Tymoschenko kam frei. Die neuen Wahlen werden ausgerufen.<sup>45</sup>

---

<sup>45</sup>Spiegel ONLINE - Nachrichten [online] 2015 [zit. 2015-03-15] Erreichbar unter [http://www.spiegel.de/thema/ukraine\\_konflikt/](http://www.spiegel.de/thema/ukraine_konflikt/)

## 10.2 Die Krimkrise

Die ukrainische Krise weitete sich längst zu einem internationalen Konflikt aus. Die NATO und die Europäische Union sahen ihre Interessen bedroht. Ebenso Russland mit dem Präsident Wladimir Putin setzte seine eigenen Interessen durch.

Der Präsident von Russland schaffte Fakten. Mit Sorge schaut die Welt auf die Verlagerung des Konflikts auf die Halbinsel Krim. Zehntausende Soldaten zogen dort vor das Parlament, um eine Wiedervereinigung mit Russland zu fordern, eine bewaffnete Gruppe besetzte das Parlament. Bei einer von der Regionalregierung und Russland kurzfristig angesetzten Volksabstimmung auf der Krim am 16. März stimmten die Menschen für einen Russland-Beitritt. Die Abstimmung war umstritten. Die Ukraine, wie auch die USA und die EU erachteten das Referendum als völkerrechtswidrig und erkannten die Abspaltung der Ukraine nicht an. Der Westen musste darauf folgen der Annexion der Halbinsel zusehen und beschloss Sanktionen gegen Russland.<sup>46</sup> Zudem wollte die NATO den Beziehungen zur Ukraine weiter stärken. Das bedeutete für den Kreml eine Provokation.

Am 11. Mai wurde das von den pro-russischen Separatisten geplante Referendum zur Abspaltung der Region Donezk und Lugansk von Kiew abgehalten. Laut Angaben der Separatisten stimmten in Donezk 90% und in Lugansk 96% für eine Abspaltung. Am 25. Mai 2014 wird der neue Präsident der Oligarchen Petro Poroschenko in der Ukraine gewählt. Petro Poroschenko erlangte sein Vermögen aus den Gewinnen seiner Unternehmensgruppe Ukrprominvest (u.a. Schokolade, TV-Sender, Auto-, Schiffbau- und Rüstungsunternehmen). Trotz der angespannten Lage im Land unterzeichnete die EU ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine und verschärfte damit den Konflikt dem Kreml.

Am 17. Juli 2014 kam es zu einer Katastrophe. Ein Flugzeug des Malaysia- Airlines-Flug 17 stürzte nach der Grenze zu Russland ab. Alle 298 Insassen, darunter 80 Kinder und 15 Besatzungsmitglieder, kamen ums Leben. Die meisten Menschen waren aus den Niederlanden, vier aus Deutschland. Nach Ansicht internationaler Experten und auch dem Ergebnis der Untersuchungskommission zufolge, wurde das Flugzeug wahrscheinlich abgeschossen. Es handelte sich um einen Abschuss durch eine Flugabwehrrakete im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ostukraine. Nach wie vor ist unklar, ob die Maschine vom Luftabwehrsystem prorussischer Separatisten getroffen wurde, oder von einem

---

<sup>46</sup>*Politische Bildung*. [online] 2015 [zit. 2015-03-17] Erreichbar unter [http://www.politischebildung.de/proteste\\_ukraine0.html](http://www.politischebildung.de/proteste_ukraine0.html)

ukrainischen Kampfflugzeug.<sup>47</sup> Anfang August 2014 konnte die Ukraine Donezk und Luhansk zu großen Teilen blockieren. Eine folgende erhebliche Verstärkung aus Russland erlaubte den prorussischen Kräften bisher ganze Gebiete im Süden einzunehmen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) hat militärische Beobachter in die Ukraine entsandt, die im Konflikt vermitteln sollten.

Im September 2014 beschloss die ukrainische Regierung mit den Separatisten ein Abkommen. Die Regionen und Donezk und Luhansk in denen die Separatisten das Sagen hatten, erhielten mehr Autonomie. Auch das führte zu keinem dauerhaften Waffenstillstand. Menschenrechtsorganisationen wie „*Human Rights Watch*“ und „*Amnesty international*“ warfen mittlerweile beiden Konfliktparteien schwer Kriegsverbrechen vor wie z. B. den Separatisten die Exekution von Gefangenen. „*Human Right Watch*“ wirft der ukrainische Regierung vor, in den Kämpfen gegen die prorussischen Separatisten im Osten des Landes wiederholt Streubomben eingesetzt zu haben. Im Dezember 2014 einigten sich die ukrainischen Regierung und die prorussischen Separatisten auf eine erneute Waffenruhe.

Die USA und die EU berieten darüber, Konsequenzen und Sanktionen zu verhängen. Zusammen mit Russland und Ukraine einigten sie sich auf einem Krisengipfel in Genf auf einem Rahmenplan zur Lösung der Krise in der Ukraine, was zur Entspannung der Lage führen sollte. Auf einem weiteren Krisengipfel am 11. Februar 2015 in Minsk berieten Russland, die Ukraine, Frankreich und Deutschland über eine Friedenslösung. Das Minsker Abkommen enthält einen 13-Punkte Plan mit Maßnahmen, wie der Konflikt in der Ukraine beendet werden soll.

### **10.3 Sanktionen der Europäischen Union gegenüber Russland**

Im Verlauf des Konflikts um die Ukraine verhängte die Europäische Union Sanktionen gegenüber der Russischen Föderation. Die Sanktionen waren eine Reaktion auf die illegale Annexion der Krim durch Russland und auf die absichtliche Destabilisierung eines unabhängigen Nachbarlandes. Die Sanktionen sollten als restriktive und diplomatische Maßnahme dienen. Am 17. März 2014 setzte der Rat der Europäischen Union insgesamt 21 Personen auf eine Sanktionenliste fest. Die Sanktionen waren z.B. mit Reisebeschränkungen

---

<sup>47</sup>Die Welt [online] 2014 [zit. 2015-03-10] Erreichbar unter: <http://www.welt.de/politik/ausland/article138275167/Experte-bezweifelt-MH17-Abschuss-durch-Kampfjet.html>

und dem Einfrieren von Geldern und wirtschaftlicher Ressource verbunden.<sup>48</sup> Die EU veröffentlichte am 21. März und dann 28. April eine zusätzliche Sanktionenliste mit den Namen weiterer 27 Personen.<sup>49</sup> Russland antwortete auf Sanktionen des Westens mit einer Liste von Personen, denen die Einreise nach Russland untersagt wurde. Die Liste publizierte das Außenministerium der Russischen Föderation am 20. März.

Am Anfang setzte die Bundeskanzlerin Angela Merkel im Krim-Konflikt auf eine politische Lösung ohne harte Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Merkel sagte im März 2013, sie setzte voraus, dass weitere Sanktionen vermieden werden könnten. Sie empfahl keine Eskalation, sondern eine Deeskalation. Bislang standen die Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland auf zweiter Stufe. Die Hauptpunkte sind Reisebeschränkung und Visabeschränkung und das Einfrieren von Konten. *„Die russische Regierung müsse aber wissen, dass man zu einer harten Reaktion bereit sei, wenn bestimmte weitere internationale Verträge überschritten werden“*, sagte die Bundeskanzlerin Merkel. Der Präsident der USA Barack Obama forderte die Europäer dagegen zu einer stärkeren Abgrenzung von Russland auf. *„Die Lage in der Ukraine erinnert uns daran, dass Freiheit nicht kostenlos ist“*, sagte er. Die USA und Europa werden bereit sein, Russland mit Sanktionen bezahlen zu lassen, falls die russische Regierung die Lage in der Ukraine weiter destabilisiere. (siehe Anhang 2.)<sup>50</sup>

Die Bundesregierung schätzt Russland als eine global bedeutsame Macht und Russland gilt für Deutschland als eine wichtige Kraft in Europa und darüber hinaus auch bei der Bewältigung globaler Probleme. Deutschland will weiter mit Russland im Interesse von Frieden, Stabilität und Wohlstand zusammenarbeiten. Die Hauptgrundlage der Kooperation ist aber das Recht.<sup>51</sup>

Wegen der Entwicklung der Krise in der Ukraine musste die Bundeskanzlerin ihren ersten Gedanke verändern. Laut den Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Dezember 2014 müssen schließlich die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland bestehen

---

<sup>48</sup>*Amtsblatt der Europäischen Union* [online] 2014 [zit. 2015-02-05] Erreichbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014R0269>

<sup>49</sup>*Rat der Europäische Union* [online] 2014 [zit. 2015-02-05] Erreichbar unter <http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&t=PDF&gc=true&sc=false&f=ST%207962%202014%20ADD%201%20REV%202%20DCL%201>

<sup>50</sup>*Nachrichten auf Zeit ONLINE* [online] 2015 [zit. 2015-02-15] Erreichbar unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/merkel-wirtschaftssanktionen-russland-obama>

<sup>51</sup>*Nachrichten auf Zeit ONLINE* [online] 2015 [zit. 2015-02-16] Erreichbar unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/russland-deutschland-zusammenarbeit-krim-konflikt>

bleiben, da die Russische Föderation in der ukrainischen Krise wichtige europäische Werte ignoriert. Europa kann und werde es nicht zulassen, dass Russland gegen die Hauptprinzipien von Recht, Respekt und Partnerschaft verstößt. Die Bundeskanzlerin äußerte ihre Ansicht in einer Regierungserklärung in Brüssel. *„Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, bleiben die Sanktionen.“* betonte sie und fügte auch hinzu, dass die Europäische Union gemeinsam mit Russland und nicht gegen Russland handeln will. Zu dem teilte sie mit, dass es eine enge deutsch-französische Abstimmung zur Überwindung der europäischen Finanzprobleme gibt. Sie verhandelt mit Frankreichs Präsident François Hollande über gemeinsame Vorstellungen. Dazu sagte sie: *„Wenn Deutschland und Frankreich gemeinsame Vorstellungen haben, ist das gut für Europa.“* Die Krise ist nach ihren Worten nicht vorbei.<sup>52</sup>

Außerdem kündigte Merkel die Entscheidung über weitere Sanktionen an, falls es nicht zu friedlichen Verhandlungen mit Russland kommt, die Ergebnisse bringen. In erster Linie geht es um Einreise- und Kontensperrungen. Merkel und die Europäischen Union sind auch bereit, die dritte Stufe der Sanktionen in Kraft treten zu lassen, wenn es notwendig wird. Im Zusammenhang mit dieser Situation sagte Merkel: Diese hätten dann auch erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen. *„Niemand von uns wünscht sich, dass es zu solchen Maßnahmen kommt. Doch wir alle wären zu ihnen bereit und entschlossen, falls sie unumgänglich werden.“*(Siehe Anhang 3)<sup>53</sup>

Merkel betonte, dass die EU weiter einen diplomatischen Weg aus der Krise suchen wird. Laut der Bundeskanzlerin ist ein militärisches Vorgehen keine Option. Ziel sollte jetzt für alle gemeinsam sein, einen politisch-diplomatischen Weg aus der Krise zu finden.<sup>54</sup>

In der Verhandlung mit Ministerpräsident Alexander Stubb in Helsinki wiederholte die Bundeskanzlerin ausdrücklich, dass die EU – Länder Partner sind und warnte vor Alleingänge der EU – Länder in der Ukraine – Krise. Nur gemeinsam sind die Mitglieder der Europäischen Union stark, deshalb müssten wichtige Entscheidungen über Sanktionen und Gespräche mit Russland in enger Absprache getroffen werden. Diese Äußerung war die Reaktion auf die bröckelnde Anti-Russland-Front in der Europäischen Union. Für ein Ende

---

<sup>52</sup>*Die Welt* [online] 2014 [zit. 2014-02-22] Erreichbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article135510835/Merkel-bleibt-Russland-gegenueber-hart.html>

<sup>53</sup>*Deutscher Bundestag* [online] 2015 [zit. 2014-03-10] Erreichbar unter: [http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/49865952\\_kw11\\_de\\_regierungserklaerung\\_ukraine/216288](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/49865952_kw11_de_regierungserklaerung_ukraine/216288)

<sup>54</sup>*Deutscher Bundestag* [online] 2015 [zit. 2014-03-10] Erreichbar unter: [http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/49865952\\_kw11\\_de\\_regierungserklaerung\\_ukraine/216288](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/49865952_kw11_de_regierungserklaerung_ukraine/216288)

der Sanktionen gegen Russland stimmen Italien, Ungarn, die Slowakei, Griechenland, Österreich, Spanien, Zypern, weil die Wirtschaft dieser Länder besonders unter den russischen Gegensanktionen leidet. In Finnland beginnt man den Ernst der Situation zu bemerken, da die Sanktionen den Finnen empfindlichen Schaden zufügen. Merkel wollte mit ihrem Auftritt den Wahlkampf für Stubb unterstützen. Der Ministerpräsident Finnlands Stubb setzte sich bisher für eine harte Linie gegen Russland ein. Finnland hat als EU – Land die längste Grenze mit Russland, deshalb treffen die finnischen Politiker die Wirtschaftssanktionen gegen Russland sehr gravierend.

Angela Merkel versuchte, den geopolitischen Wert der Wirtschaftssanktionen gegen Russland über die finnischen Probleme zu stellen. *„Wenn Europa weiter einheitlich handle, dann wird das die Wirkung auf Russland nicht verfehlen.“* sagte die Bundeskanzlerin bei einer Pressekonferenz. *„Wir haben kein Interesse daran, dass die Sanktionen ewig weitergehen.“*<sup>55</sup> betonte sie sogar vor den Studenten an der Universität in Helsinki. Stubb fügte hinzu, dass die Europäische Union mit Russland zusammenarbeiten will. Er ist überzeugt, dass mit Geduld und Ausdauer eine Lösung gefunden werden kann.

Merkels Politik ist von großer Loyalität zu den USA geprägt. Laut dem amerikanischen Investor George Soros ist Merkel die beste Verbündete der USA und ohne sie wären die Sanktionen nicht möglich gewesen. Zugleich respektiert die Kanzlerin europäische Länder und achtet auf die Stimmungen ihrer Zuhörer. *„Unser Wunsch ist es, kooperativ mit Russland zusammenzuarbeiten, aber auf der Grundlage bestimmter Prinzipien.“* Sie wies auf die Schlusskarte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hin, die vor 40 Jahre in Helsinki unterzeichnet wurde. Die damaligen Staaten der Sowjetunion banden sich an Unverletzlichkeit der Grenzen, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sowie an die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Mit Blick auf die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), die aus der vormaligen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) entstand, sagte die Kanzlerin Merkel: *„Die OSZE überwache den Waffenstillstand in der Ukraine. Das sei ein Zeichen für die Wichtigkeit dieser Institution.“*

Die Mitarbeiter der OSZE spielen eine wichtige Rolle im Ukraine-Konflikt. Deshalb will die deutsche Bundesregierung die Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und

---

<sup>55</sup>*Deutsche Wirtschafts Nachrichten* [online] 2015 [zit. 2015-02-17] Erreichbar unter: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/03/30/merkel-fuerchtet-spaltung-der-eu-bei-russland-sanktionen/>

Zusammenarbeit in Europa in der Ostukraine stärken. Es wurde geprüft, welche weitere Unterstützung geleistet werden kann. Die Aufgabe der OSZE-Beobachter war es, die militärischen Aktivitäten Russlands in der Ukraine zu beobachten.<sup>56</sup>

---

<sup>56</sup>*Spiegel ONLINE - Nachrichten* [online] 2015 [zit. 2015-03-27] Erreichbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-osze-mehr-bewegungsfreiraum-fuer-beobachter-a-1022232.html>

## 11. Verhandlungen in Minsk

Am 12. Februar 2015 fanden in der weißrussischen Hauptstadt Minsk Verhandlungen statt. Es verhandelten die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine. Die Massenmedien bezeichneten es als einen Verhandlungsmarathon zwischen Kremlchef Putin, dem ukrainischen Präsidenten Poroschenko, Frankreichs Staatschef Hollande und der Bundeskanzlerin Merkel, weil es knapp siebzehn Stunden dauerte und zugleich wurde die Verhandlung immer wieder unterbrochen.

Deutschland wurde durch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier vertreten. Das Abkommen „Minsk II“ kam auf Initiative des französischen Präsidenten F. Hollande und der deutschen Kanzlerin zustande. Gastgeber für die Verhandlungen war der Präsident von Weißrussland Alexander Lukaschenko. Auch die prorussischen Separatistenführer Alexander Sachartschenko und Igor Plotnizki nahmen natürlich am Treffen teil.

Bei den Spitzengesprächen zwischen Deutschland, Frankreich, Ukraine und Russland ging es um die Entschärfung des Konflikts in der Ost-Ukraine. Merkel und Hollande wollen unbedingt eine Vereinbarung erreichen, Poroschenko erwarte von dem Treffen in Minsk bedingungslose Einstellung des Feuers in der Ostukraine. *„Wir sind für den Frieden, aber wenn wir den Gegner schlagen müssen, werden wir es tun. Wir verteidigen unser Land bis zum Letzten.“*<sup>57</sup> sagte Poroschenko.

Das lange Gespräch konnte an zwei Konsequenzen scheitern. Die erste ist die Waffenlieferung und die zweite die härteren Sanktionen gegen Russland.

Schließlich einigten sich die Konfliktparteien auf eine Waffenruhe für das Kriegsgebiet Donbass. Auf dem Gipfel in Minsk wurde eine Waffenruhe für die Ostukraine ab Sonntag 0.00 vereinbart.

### **Die Details der Einigung im Überblick:**

- Aus der Region sollen schwere Waffen abgezogen werden.
- Nach dem Willen Russlands soll die ukrainische Armee ihre Waffen von der derzeitigen Frontlinie entfernen.

---

<sup>57</sup>Spiegel ONLINE - Nachrichten [online] 2015 [zit. 2015-03-27] Erreichbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-krise-friedensverhandlungen-in-minsk-a-1017982.html>

- Der ukrainische Präsident Poroschenko sagte, innerhalb von 19 Tagen sollten sämtliche Gefangene freigelassen werden.

Laut den Worten der Bundeskanzlerin waren es 17 Stunden Verhandlungen, in denen sie intensiv arbeiteten und in denen auch Präsident Poroschenko alles dafür tat, um eine Möglichkeit des Beendens des Blutvergießens zu erreichen. Der Präsident Prorschenko sollte sich für sein Land sowie die Zivilisten und Soldaten, die in den Gebieten von Donezk und Luhansk leben, einsetzen. Merkel lobte die Ergebnisse der Verhandlung. Die deutsche Regierung verbreitete nach dem Verhandlungen aber keine große positive Euphorie, weil viele Fragen im Ukraine-Konflikt ungeklärt bleiben. *„Wir dürfen uns aber keinen falschen Illusionen hingeben, es noch sehr, sehr viel zu tun.“*<sup>58</sup> sagte die Kanzlerin, lobte jedoch die Mühe.

Im Interview auf der Webseite *„die Welt“* erklärte die Bundeskanzlerin, warum die russische Aggression nicht folgenlos bleiben kann und Deutschland ein Freihandelsabkommen mit den USA brauch. Nach ihren Worten haben die Bundesregierung und die russische Regierung laufend Kontakte auf verschiedenen Ebenen. Dabei macht die deutsche Bundesregierung deutlich, dass Russland mit seinem Vorgehen in der Krise mit der Ukraine internationales Recht brach. Trotzdem müssen sich die beiden Seiten in allen Gesprächen um eine diplomatische Lösung bemühen. Es geht darum, dass Russland das Minsker Abkommen einhält, dass es selbst vereinbarte und das unter anderem einen Waffenstillstand vorsieht.

Seit Beginn der Krise macht die Bundeskanzlerin Angela Merkel deutlich, dass es keine militärische, sondern nur eine diplomatische Lösung geben kann. Hauptziel dieser Lösungen ist es, in der Ukraine ein Grundprinzip der europäischen Friedensordnung wiederherzustellen und durchzusetzen. Dazu gehört an erster Stelle die Anerkennung der territorialen Integrität von Staaten. Genau dieses Ziel lehnte Russland im Fall der Krim und in den Gebieten Lugansk und Donezk ab. Das bestätigte die Bundeskanzlerin kurz nach der Verhandlung in Minsk.

---

<sup>58</sup>*Spiegel ONLINE - Nachrichten* [online] 2015 [zit. 2015-03-28] Erreichbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-gipfel-in-minsk-einigung-auf-waffenruhe-a-1018043.html>

Die Bundeskanzlerin arbeitet eng mit dem Bundesaußenminister zusammen und sie nutzen alle Gesprächsmöglichkeiten, die sinnvoll sein können und helfen können, um die Ukraine-Krise erfolgreich zu überwinden. (siehe Anhang 4)<sup>59</sup>

Für Deutschland ist wichtig, entschieden gegen den Bruch internationalen Rechts vorzugehen. Die Sanktionen sind in diesem Fall unvermeidlich, gleichzeitig aber soll nach diplomatischen Lösungen gesucht werden.

Die Situation in der Ukraine beruhigte sich nach Präsidentschaftswahl in März 2015 nicht und die Kämpfe setzen in der Ostukraine fort. Seit März finden in Donezck, Charkow, Lugansk und anderen Städten der Ostukraine Aktionen von Befürwortern einer Föderalisierung des Landes statt. Zugleich bleibt deutlich, dass Kiew seine Verpflichtungen aus dem Minsk-2-Abkommen bis April 2015 noch nicht erfüllt.

---

<sup>59</sup>*Die Welt* [online] 2014 [zit. 2014-03-28] Erreichbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article135110372/Wuerden-Sie-Krieg-mit-Russland-fuehren-Frau-Merkel.html>

## Zusammenfassung

Für meine Bachelorarbeit wählte ich das Thema die deutschen Bundeskanzler – ausgewählte Ereignisse der politischen Karriere von Angela Merkel. Ich denke, es ist notwendig, die Persönlichkeiten, die heute mit vielen aktuellen Geschehnissen verbunden sind und eine wichtige Rolle bei der internationalen Diplomatie spielen, zu kennen. Das Ziel dieser Bachelorarbeit besteht darin, die wichtigen politischen Ereignisse Angelas Merkels aufzugreifen und ihre Stellung darin erklären. Ich wollte in dieser Arbeit herausarbeiten, wie Angela Merkel als deutsche Bundeskanzlerin ihre Rolle wahrnimmt. In diesem Zusammenhang wurde auch gezeigt, wie sich die Rolle Deutschlands in Europa laut Bundeskanzlerin Angela Merkel in Zukunft entwickeln soll und welche Ziele die Bundeskanzlerin Deutschlands für die Zukunft hat.

In meinem theoretischen Teil kann man über die erste politischen Erfahrungen von Angela Merkel, die nicht so bekannt sind, lesen. Ihr Weg zur Macht war nicht immer einfach und sie musste langsam ihre Karriereziele erreichen. Als wichtigste Punkte während dieser Periode stellten sich die Spendenaffäre und die anschließende Wahl zur Vorsitzenden der CDU/CSU heraus. Durch diese Position rückte Angela Merkel mehr in den Fokus des politischen Geschehens. Im Laufe der Zeit sprach sie viele Wähler an und wurde erste Bundeskanzlerin Deutschlands.

Für die Bundeskanzlerin stehen ihr Land und auch die Bürger von Deutschland an erster Stelle. Zugleich wird deutlich, dass sie Deutschland als eines der Führungsländer in der Europäischen Union sieht. Angela Merkel arbeitet sehr konsequent, damit Deutschland die Richtung für andere Länder bestimmen konnte. Außerdem fördert sie ständig die Kooperation. Laut der Bundeskanzlerin sollten die Länder zusammen arbeiten. Die gegenseitige Zusammenarbeit unter europäischen Ländern garantiert Prosperität für ganz Europa und für die ganze Welt. Sie wendet diese Strategie bei der aktuellen politischen Situation Ukraine-Krise an, in der sie immer die Mitarbeit aller Akteure anstrebt.

In meinem praktischen Teil benutzte ich überwiegend Internetquellen, weil es ein aktuelles Thema ist und der Konflikt in der Ukraine leider noch nicht beendet wurde. Bücher mit dieser Problematik wurden bis jetzt noch nicht veröffentlicht. Allgemein finde ich mein Thema sehr interessant, da ich viele neue Informationen und Details erhielt, die ich nicht kannte. Mit der Auswahl von Literatur für diese Arbeit gab es keine Probleme.

## Literaturverzeichnis

1. BOLLMANN, Ralph, *Die Deutsche: Angela Merkel und wir*. 2. Aufl. Stuttgart: Klett-Cotta, 2013. ISBN 978-3608947502
2. DREHER, Klaus. *Helmut Kohl: Leben mit Macht*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1998. ISBN 3-421-05122-4
3. HERZ, Dietmar, *Die Europäische Union*, Aufl. 2., München: C.H.Beck Wissen, 2007. ISBN 978-3406447594
4. HÖHLER, Gertrud, *Die Patin, wie Angela Merkel Deutschland umbaut*, 2.Aufl. Zürich: Orell Füssli Verlag AG, 2012 ISBN 978-3-280-05480-2
5. KORNELIUS, Stefan, *Angela Merkel: Die Kanzlerin und ihre Welt (Zeitgeschichte)*. 1.Aufl. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag GmbH.2013 ISBN 978-3455502916
6. KURBJUWEIT, Dirk. *Angela Merkel: die Kanzlerin für alle?*. München: Carl Hanser, 2009.ISBN 978-3-446-20743-1.
7. LANGGUTH, Gerd. *Angela Merkel, Biographie*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 2010. ISBN 978-3423346276
8. MASER, Werner. *Helmut Kohl, der deutsche Kanzler: Biographie*. 2. Aufl. Berlin: Ullstein, 1990. ISBN 3-550-07401-8
9. MERKEL, Angela, *Daran glaube ich: Christliche Standpunkte*, Leipzig: St-Benno Verlag, 2013. ISBN 978-3746237749
10. MERKEL, Angela. (Hrsg.), *Europa und die deutsche Einheit*, Wien: Verlag Herde, 2001. ISBN 978-3451201400
11. MOHR, Burkhard. CDU, *Das schwarze Parteibuch*, München: Tomus Verlag GmbH, 1998. ISBN 978-3823115557
12. RALF, Georg Reuth, et.al., *Das erste leben der Angela M.*2. Aufl. München: Piper Verlag GmbH,2013. ISBN 978-3-492-05581-9
13. RESING, Volker. *Angela Merkel, Die Protestantin*. 1.Aufl., Leipzig: St. Benno-Verlag, 2009. ISBN 978-3746226484
14. ROLL, Evelyn, *Die Kanzlerin, Angela Merkels Weg zur Macht*, 2.Aufl.Berlin: Ulstein Buchverlage GmbH, 2009.ISBN 978-3-548-37269-3, S. 21

15. SINN, Hans-Werner, *Kasino-Kapitalismus: Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist*, Berlin: Ullstein Taschenbuch Verlag, 2010. ISBN 978-3548373034
16. STOCK, Wolfgang, *Angela Merkel, Eine politische Biografie*. 1.Aufl. München: Olzog Verlag GmbH, 2000. ISBN 3-7892-8038-0

## Internetquellen

1. *Amtsblatt der Europäischen Union* [online] 2014 [zit. 2015-02-05] Erreichbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014R0269>
2. *Angela Merkel* [online] 2012 [zit. 2014-10-20] Erreichbar unter: <http://www.angela-merkel.de/persoenlich.html>
3. *Bundeskanzlerin* [online] 2015 [zit. 2015-01-05] Erreichbar unter: [http://www.bundeskanzlerin.de/Webs/BKin/DE/Kanzleramt/Bundeskabinett/bundeskabinett\\_node.html](http://www.bundeskanzlerin.de/Webs/BKin/DE/Kanzleramt/Bundeskabinett/bundeskabinett_node.html)
4. *Bücher. de* [online] 2014 [zit. 2014-11-14] Erreichbar unter: [http://www.buecher.de/shop/buecher/der-preis-des-ueberlebens/merkel-angela/products\\_products/detail/prod\\_id/25929876/](http://www.buecher.de/shop/buecher/der-preis-des-ueberlebens/merkel-angela/products_products/detail/prod_id/25929876/)
5. *Deutsche Wirtschafts Nachrichten* [online] 2015 [zit. 2015-02-17] Erreichbar unter: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/03/30/merkel-fuerchtet-spaltung-der-eu-bei-russland-sanktionen>
6. *Deutscher Bundestag* [online] 2015 [zit. 2014-0310-] Erreichbar unter: [http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/49865952\\_kw11\\_de\\_regierungs-erklaerung\\_ukraine/216288](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/49865952_kw11_de_regierungs-erklaerung_ukraine/216288)
7. *Die Welt* [online] 2014 [zit. 2014-10-22] Erreichbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article5073858/Wie-die-CDU-Spendenaffaere-Merkel-den-Weg-ebnete.html>
8. *Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH* [online] 2001-2015 [zit. 2015-01-10] Erreichbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/nobelpreis-fuer-europaeische-union-der-preis-des-friedens-11988640.html>
9. *Christlich Demokratische Union Deutschlands* [online] 2014 [zit. 2014-11-20] Erreichbar unter: <http://www.cdu.de/meinecdu>
10. *Konrad-Adenauer-Stiftung* [online] 2014 [zit. 2014-10-27] Erreichbar unter: <http://www.kas.de/wf/de/71.8764>

11. *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg* [online] 2015 [zit. 2015-01-15] Erreichbar unter: [http://www.bundestagswahl-bw.de/bundestagswahl\\_2009.html](http://www.bundestagswahl-bw.de/bundestagswahl_2009.html)
12. *Nachrichten auf Zeit ONLINE* [online] 2015 [zit. 2015-01-27] Erreichbar unter <http://www.zeit.de/online/2008/41/merkel-finanzkrise>
13. *Planet wissen* [online] 2015 [zit. 2015-01-15] Erreichbar unter [https://www.planet-wissen.de/politik\\_geschichte/wirtschaft\\_und\\_finanzen/boerse/finanzkrise\\_2008.jsp](https://www.planet-wissen.de/politik_geschichte/wirtschaft_und_finanzen/boerse/finanzkrise_2008.jsp)
14. *Politische Bildung.* [online] 2015 [zit. 2015-03-17] Erreichbar unter [http://www.politische-bildung.de/proteste\\_ukraine0.html](http://www.politische-bildung.de/proteste_ukraine0.html)
15. *Rat der Europäische Union* [online] 2014 [zit. 2015-02-05] Erreichbar unter <http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&t=PDF&gc=true&sc=false&f=ST%207962%202014%20ADD%201%20REV%202%20DCL%201>
16. *Spiegel ONLINE - Nachrichten* [online] 2015 [zit. 2015-01-27] Erreichbar unter [http://www.spiegel.de/thema/cdu\\_csu\\_fdp\\_koalition\\_2009](http://www.spiegel.de/thema/cdu_csu_fdp_koalition_2009)
17. *Süddeutsche Zeitung* [online] 2012 [zit. 2015-01-05] Erreichbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/dalai-lama-empfang-merkel-steht-zu-entscheidung-1.339650>

## Abkürzungsverzeichnis

<b>AIG</b>	Versicherung Riesen American International Group
<b>BaFin</b>	Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
<b>Bzw.</b>	beziehungsweise.
<b>CDU</b>	Die Christlich Demokratische Union Deutschlands
<b>CSU</b>	Die Christlich-Soziale Union in Bayern
<b>DA</b>	Der Demokratische Aufbruch
<b>DDR</b>	Die Deutsche Demokratische Republik
<b>DSU</b>	Die Deutsche Soziale Union
<b>EU</b>	Die Europäische Union
<b>FDJ</b>	Die Freie Deutsche Jugend
<b>FDP</b>	Die Freie Demokratische Partei
<b>IKB</b>	IKB Deutsche Industriebank AG
<b>NATO</b>	englisch North Atlantic Treaty Organization „ <i>Organisation des Nordatlantikvertrags</i> “
<b>OSZE-</b>	Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
<b>z. B.</b>	zum Beispiel

## Anhang:

1. Anhang : Die wichtigste Punkte für Angela Merkel<sup>60</sup>
2. Anhang: Der Artikel „*Merkel lehnt schärfere Sanktionen gegen Russland ab*“<sup>61</sup>
3. Anhang: Der Artikel „*Kanzlerin Merkel droht Russland Sanktionen*“<sup>62</sup>
4. Anhang: Der Artikel „*Würden Sie Krieg mit Russland führen, Frau Merkel?*“<sup>63</sup>

---

<sup>60</sup> *Angela Merkel* [online] 2012 [zit. 2014-10-20] Erreichbar unter: <<http://www.angela-merkel.de/politik.html>>[

<sup>61</sup> *Nachrichten auf Zeit ONLINE* [online] 2015 [zit. 2015-02-15] Erreichbar unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/merkel-wirtschaftssanktionen-russland-obama>

<sup>62</sup> *Deutscher Bundestag* [online] 2015 [zit. 2014-03-10] Erreichbar unter: [http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/49865952\\_kw11\\_de\\_regierungserklaerung\\_ukraine/216288](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/49865952_kw11_de_regierungserklaerung_ukraine/216288)

<sup>63</sup> *Die Welt* [online] 2014 [zit. 2014-03-28] Erreichbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article135110372/Wuerden-Sie-Krieg-mit-Russland-fuehren-Frau-Merkel.html>

## **Anhang: Die wichtigsten Punkte für Angela Merkel**

Freiheit: *„Ich habe bis 1990 in einem Staat gelebt, in dem wir unsere Meinung nicht frei äußern konnten. In dem die, die trotzdem den Mut dazu hatten, sehr viel riskiert haben. In dem der Freiheit des Einzelnen in jeder Hinsicht sehr enge Grenzen gesetzt waren. Deshalb ist Freiheit für mich so wichtig. Deshalb arbeite ich dafür, dass jeder die Chance hat, seine Ideen und Wünsche zu verwirklichen*

Deutschland: *„Deutschland ist ein starkes Land. Wir können auf vieles stolz sein, was wir gemeinsam erreicht haben. Den Reichtum unseres Landes machen für die Menschen aus, die hier leben. Sie sind so verschieden wie unsere Städte und Dörfer, wie unsere Landschaften. Diese Vielfalt braucht Zusammenhalt. Sie braucht das Bewusstsein, dass es unsere gemeinsame Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass Deutschland eine lebens- und liebenswerte Heimat bleibt.“*

Europa: *„In einer Sicht immer schneller verändernden Welt geht es auch uns Deutschen nur dann gut, wenn es auch Europa geht. Deshalb liegt es in unserem eigenen Interesse, wenn wir anderen in Europa helfen.“*

Werte: *„Als große Volkspartei der Mitte laden wir alle ein, mit uns gemeinsam auf dieser Grundlage unsere Heimat zu gestalten. Gemeinsam können wir viel erreichen, auch für die, die unsere Unterstützung brauchen, und für kommende Generation.“*

## **Anhang 2.(Artikel aus der Webseite - Die Zeit)**

### **Merkel lehnt schärfere Sanktionen gegen Russland ab**

Angela Merkel will keine härteren Wirtschaftssanktionen gegen Russland einleiten. US-Präsident Obama dagegen fordert von den Europäern höhere Militärausgaben. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) setzt im Krim-Konflikt auf eine politische Lösung ohne harte Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Merkel sagte, sie hoffe, dass weitere Sanktionen vermieden werden könnten. Sie habe kein Interesse an einer Eskalation, sondern an einer Deeskalation. Es gäbe nach wie vor wirtschaftliche Kontakte nach Russland.

Bislang stehen die Sanktionen der EU gegen Russland auf Stufe zwei. Das umfasst Reise- und Visabeschränkungen und das Einfrieren von Konten.

Zuvor war bekannt geworden, dass das Unternehmen Siemens dem russischen Präsidenten Wladimir Putin weitere Investitionen zugesagt hat. Die Bundesregierung bietet deutschen Unternehmen unverändert an, Exportgeschäfte in Russland und der Ukraine abzusichern.

Die russische Regierung müsse aber wissen, dass man zu einer harten Reaktion bereit sei, wenn "*bestimmte weitere internationale Verträge überschritten werden*", sagte Merkel. Europa werde hier einheitlich mit den USA handeln. Außenminister Frank-Walter Steinmeier warb für einen neuen Anlauf zur Bildung einer internationalen Kontaktgruppe.

Die EU-Staaten müssten außerdem bei der Energieversorgung unabhängiger werden. Die USA könnten die Energieversorgung der EU nicht sichern. Obama legte den EU-Staaten deswegen nahe, über die Förderung von Schiefergas nachzudenken. Das sogenannte Fracking hat in den USA zu einem Energieboom geführt, ist in Europa wegen starker Umweltbelastungen aber umstritten. Obama sagte, es gebe "*keine perfekte, ideale und billige Energiequelle*."

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso begrüßte das Vorgehen der USA: "*Es ist eine gute Nachricht, dass die USA Schiefergas auf den Weltmarkt bringen*."

Unterdessen will Russland seine Militärpräsenz auf der Halbinsel Krim massiv verstärken. Geplant sei, bis 2016 mehrere Überschallbomber sowie Jagdflugzeuge auf die Krim zu verlegen, meldete die Agentur Interfax unter Berufung auf Mitarbeiter des

Verteidigungsministeriums. 2017 soll ein neuer Hubschrauberträger in Sewastopol ankern. Die Stadt soll zum Hauptstützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte ausgebaut werden.

## **Anhang 3.(Artikel aus der Webseite - Deutscher Bundestag)**

### **Kanzlerin Merkel droht Russland Sanktionen**

Mit deutlichen Worten hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Russland am Donnerstag, 13. März 2014, im Bundestag zum Einlenken in der Krim-Krise aufgefordert. Eine Angliederung der Krim an Russland bedeute einen klaren Bruch des Völkerrechts und sei nicht akzeptabel, sagte Merkel in ihrer Regierungserklärung zur Lage in der Ukraine. Sollte das Land seinen Kurs der versuchten Annexion der Krim fortsetzen, wäre dies nicht nur "*eine Katastrophe für die Ukraine*", dessen Nachbarstaaten und das Verhältnis zwischen der EU und Russland. Russland schade sich damit auch massiv selbst:

Die Bundeskanzlerin kündigte schon für Montag, 17. März, den Beschluss weiterer Sanktionen an, falls es "*in den allernächsten Tagen*" nicht zu Verhandlungen mit Russland komme, die zu Resultaten führten. Dazu gehörten Einreise- und Kontensperrungen. Darüber hinaus sei die EU notfalls auch bereit, die dritte Stufe der Sanktionen in Kraft zu setzen. Diese hätten dann auch erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen. "*Niemand von uns wünscht sich, dass es zu solchen Maßnahmen kommt*", sagte Merkel. "*Doch wir alle wären zu ihnen bereit und entschlossen, falls sie unumgänglich werden.*"

Merkel betonte, die EU suche weiter einen diplomatischen Weg aus der Krise. "*Militärisches Vorgehen ist keine Option.*" Ziel sei die Einsetzung einer Beobachtermission und einer Kontaktgruppe, um einen politisch-diplomatischen Weg aus der Krise zu finden. Die territoriale Integrität der Ukraine stehe jedoch nicht zur Disposition, sagte die Bundeskanzlerin.

Der Ukraine versprach sie eine verstärkte Unterstützung bei der Stabilisierung und Reform des Landes. So wolle die EU rasch wirtschaftliche Unterstützung in Kooperation mit dem Internationalen Währungsfonds in die Wege leiten. Die EU-Staats- und Regierungschefs hätten bei ihrem Treffen am 6. März bereits umfangreiche finanzielle Hilfen in Höhe von elf Milliarden Euro beschlossen.

Außerdem solle der politische Teil des Assoziierungsabkommens schon bald unterzeichnet werden. "*Dieses Angebot zur Modernisierung ist ein Ansatz der Nachbarschaftspolitik, nicht der Geopolitik*", betonte Merkel. Es sei nicht gegen Russland gerichtet.

Russland warf sie vor, seine Interessen mit Mitteln des 19. und 20. Jahrhunderts durchzusetzen und die internationale Stabilität zu gefährden. *"In einer Phase großer Unsicherheit in der Ukraine hat sich Russland nicht als Partner für Stabilität in dem mit ihm historisch, kulturell und wirtschaftlich eng verbundenen Nachbarland erwiesen, sondern nutzt dessen gegebene Schwäche aus."*

Das Recht des Stärkeren werde gegen die Stärke des Rechts gestellt, einseitige geopolitische Interessen über Verständigung und Kooperation, kritisierte sie.

Der Fraktionsvorsitzende der Linken, Dr. Gregor Gysi, gab der Politik von EU und Nato in den zurückliegenden Jahren eine Mitschuld für die Eskalation in der Ukraine. *"Alles was Nato und EU falsch machen konnten, haben sie falsch gemacht."* So sei die Ausweitung des Militärbündnisses in Richtung Russland *"ein schwerer Fehler"* gewesen.

Eine Loslösung der Krim von der Ukraine bezeichnete auch Gysi als *"völkerrechtswidrig"*. Zugleich warf er dem Westen aber vor, mit seinem Vorgehen im Kosovo-Konflikt ebenfalls gegen das Völkerrecht verstoßen und somit *"die Büchse der Pandora"* geöffnet zu haben. Die Nato habe damals auch kein UN-Mandat für ihren Angriff gehabt. *"Völkerrechtsbruch ist Völkerrechtsbruch"*, betonte Gysi. Völkerrechtliche Grundsätze müssten für alle gleichermaßen gelten, sonst mache man sich unglaubwürdig.

Merkel hatte zuvor in ihrer Rede Vergleiche mit dem Vorgehen in der ehemaligen jugoslawischen Provinz als *"beschämend"* zurückgewiesen. Die Situation von 1999 sei *"in keiner Weise"* mit der Lage in der Ukraine vergleichbar.

Gysi kritisierte außerdem die Bundesregierung für ihren Umgang mit rechten Kräften in der ukrainischen Regierung scharf. Dort seien zahlreiche *"Faschisten"* vertreten, trotzdem hätten die USA, die EU und die Bundesregierung die Übergangsregierung anerkannt.

Die Fraktionschefin von Bündnis 90/Die Grünen, Katrin Göring-Eckardt, warf Gysi vor so zu tun, als hätten rechte Kräfte die Oberhand in der ukrainischen Regierung. Dies sei nicht der Fall. Swoboda und der Rechte Sektor hätten *"zweifelloos nichts mit europäischen Werten und demokratischen Vorstellungen"* zu tun. Von diesen Kräften müsse man sich klar distanzieren. Die demokratische Bewegung in der Ukraine habe aber *"zu Recht unsere Unterstützung bekommen"*, betonte Göring-Eckardt. Gysi warf sie vor, die Maidan-Bewegung als Ganzes zu diffamieren.

## **Anhang 4.(Artikel aus der Webseite - die Welt)**

### **Würden Sie Krieg mit Russland führen, Frau Merkel?**

Die Bundeskanzlerin bleibt hart: Im Interview erklärt Angela Merkel, warum die russische Aggression nicht folgenlos bleiben kann und Deutschland ein Freihandelsabkommen mit den USA braucht.

Der Schreibtisch von Angela Merkel ist bis auf einen Globus und eine Telefonanlage leer. Die Kanzlerin arbeitet selten an dem überdimensionierten Chef-Möbel in ihrem Büro im fünften Stock des Kanzleramts. Lieber sitzt sie an einem schmucklos-funktionalen Konferenztisch, an dem ihr Mitarbeiter umstandslos Papiere reichen können. Dort bittet Merkel jetzt auch die beiden Reporter, Platz zu nehmen. Sie schenkt selbst Kaffee ein und kommt sofort zur Sache.

**Welt am Sonntag:** Frau Bundeskanzlerin, Ihr Treffen mit Präsident Putin in Australien ist nun zwei Wochen her. Im Anschluss kritisierten Sie die Russen mit sehr harten Worten. Herrscht seitdem Funkstille?

**Angela Merkel:** Die Bundesregierung und die russische Regierung haben laufend Kontakte auf verschiedenen Ebenen. Dabei machen wir einerseits stets deutlich, dass Russland mit seinem Vorgehen in der Ukraine-Krise internationales Recht bricht und wir uns andererseits in allen Gesprächen unvermindert um eine diplomatische Lösung bemühen. Es geht darum, dass auch Russland das Minsker Abkommen einhält, das es ja selbst vereinbart hat und das unter anderem einen Waffenstillstand vorsieht.

**Welt am Sonntag:** Haben Sie nach dem G-20-Gipfel in Brisbane den Ton gegenüber Putin etwa nicht verschärft? Dann hat die gesamte Weltöffentlichkeit Sie also falsch verstanden?

**Merkel:** Seit Beginn der Krise mache ich und macht die ganze Bundesregierung deutlich, dass es keine militärische, sondern nur eine diplomatische Lösung geben kann. Ziel dieser Lösung ist es, in der Ukraine ein Grundprinzip unserer europäischen Friedensordnung wiederherzustellen, und das ist die Anerkennung der territorialen Integrität von Staaten. Genau diesem Ziel verweigert sich Russland im Fall der Krim und in Lugansk und Donezk.

**Welt am Sonntag:** Ihr Außenminister hat nach dem G-20-Gipfel in Brisbane davor gewarnt, "Möglichkeiten zur Entspannung zu verbauen". Prompt wurde er zur Audienz bei

Putin eingeladen. Versucht der Kreml Sie und Frank-Walter Steinmeier gegeneinander auszuspielen?

**Merkel:** Bundesaußenminister Steinmeier und ich arbeiten eng zusammen und nutzen alle Gesprächsmöglichkeiten, die sinnvoll sein können, um die Ukraine-Krise zu überwinden.

**Welt am Sonntag:** Dann war es also auch abgesprochen, als Sie davor gewarnt haben, Putin könnte westliche Balkanländer ins Visier nehmen. Wie kommen Sie darauf?

**Merkel:** Mit Moldau, Georgien und der Ukraine haben drei Länder aus unserer östlichen Nachbarschaft aus eigener souveräner Entscheidung ein Assoziierungsabkommen mit der EU unterschrieben. Diesen drei Ländern bereitet Russland Schwierigkeiten. So leidet die Republik Moldau seit Jahren unter dem Konflikt um Transnistrien. Wir haben große politische Anstrengung unternommen, hier zu helfen, bislang leider vergeblich. Georgien leidet ebenfalls seit Jahren unter dem eingefrorenen Konflikt in Südossetien und Abchasien. Die Ukraine muss die Annexion der Krim und die Kämpfe im Osten ihres Landes erleben. Wir sehen außerdem, dass Russland wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten in einigen Ländern des Westbalkans zu schaffen versucht.

**Welt am Sonntag:** Hätten Sie auch Estland, Lettland oder Litauen nennen können, die früher zur Sowjetunion gehörten, aber jetzt Nato-Mitglieder sind?

**Merkel:** Ich habe schon bei meinem Besuch in Lettland vor einiger Zeit gesagt, dass die Beistandsverpflichtung der Nato für jedes Nato-Mitglied gilt – also auch für Lettland, Estland und Litauen oder auch für Polen. Gleichzeitig habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Nato-Russland-Akte nicht gekündigt wird, sondern dass wir Gesprächskanäle mit Russland offen halten.

**Welt am Sonntag:** Würden Sie für das Baltikum wirklich Krieg führen?

**Merkel:** Die Frage eines Kriegs im Baltikum stellt sich nicht. Dessen ungeachtet gilt Artikel 5 des Nato-Vertrags, also die Beistandsverpflichtung, für alle Bündnispartner. Deshalb tragen wir zum Beispiel zur Sicherung des baltischen Luftraums bei, stellen neue schnelle Reaktionskräfte auf und arbeiten von einer gemeinsamen Führungseinrichtung in Stettin mit Polen und Dänen militärisch im Bündnis zusammen. Dies alles geschieht im Übrigen im Einklang mit der Nato-Russland-Akte.

## Annotation

<b>Jméno a příjmení:</b>	Klára Talašová
<b>Katedra:</b>	Katedra německého jazyka
<b>Vedoucí práce:</b>	Mgr. Pavel Hofírek
<b>Rok obhajoby:</b>	2015

<b>Název práce:</b>	Die deutschen Bundeskanzler - ausgewählte Ereignisse der politischen Karriere von Angela Merkel
<b>Název v angličtině:</b>	German chancellor - selected events Angela Merkel's political career
<b>Anotace práce:</b>	Tato bakalářská práce se zabývá nynější německou kancléřkou a úspěšnou političkou Angelou Mertlovou. Teoretická část se zaměřuje na jednotlivé etapy osobního a politického života kancléřky. Popisuje vybrané politické události. Praktická část je zaměřena na Ukrajinskou krizi, analyzuje roli a pohled německé kancléřky na celkovou situaci.
<b>Klíčová slova:</b>	Angela Merkel, Bundeskanzlerin, Deutschland, CDU, Europa, Europäische Union
<b>Anotace v angličtině:</b>	This main topic of this thesis is the current German Chancellor and a successful politician Angela Merkel. The theoretical part focuses on the different stages of personal and political life of the Chancellor and describes selected political events. The practical part is focused on the Ukrainian crisis, and analyzes the role of the German Chancellor and her view on the whole situation.
<b>Klíčová slova v angličtině:</b>	Angela Merkel, Chancellor of Germany, Germany, CDU, Europe, European Union
<b>Přílohy vázané v práci:</b>	1. Die wichtigsten Punkte für Angela Merkel 2. Der Artikel „Merkel lehnt schärfere Sanktionen gegen Russland ab“

	3. Der Artikel „ <i>Kanzlerin Merkel droht Russland Sanktionen</i> “ 4. Der Artikel „ <i>Würden Sie Krieg mit Russland führen, Frau Merkel?</i> “
<b>Rozsah práce:</b>	57 str.
<b>Jazyk práce:</b>	Německý